

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die schlagzeilige Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Beschlüsse 20 Pf., für
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Sonnabend, den 21. April 1900. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Englische Stimmungen.

London, 18. April.

Eine Anzahl von Versammlungen über die Süd-
 afrika-Frage haben wieder zu allerhand Versuchen von
 Sprengungen seitens der Regierunganhänger
 geführt. So kürzlich in Shorehitch (nordöstliches London), wo
 in einer von der „Socialdemokratischen Föderation“ einberufenen
 und von 1500 Personen besuchten Versammlung Hundman über
 den Krieg referierte. Es gelang zwar den Ordnern der Partei, die Sührer
 aus dem Saal zu entfernen, draußen aber bedurfte es energischer Ein-
 schreitens der Polizei, große Gewaltthätigkeiten gegen Teilnehmer der
 Versammlung zu verhindern. Keuchlich ging es zwei Tage darauf in
 Bangor (Wales) zu, wo der radikale Walliser Abgeordnete Lloyd George
 vor seinen Wählern Bericht erstatten wollte. Auch hier konnten nur durch
 polizeiliches Aufgebot gröbere Ausschreitungen verhindert werden,
 aber ohne Fensterzerwürfen, Unterbrechungen und lärmende Gegen-
 demonstrieren ging es auch hier nicht ab. Die Versamm-
 lung selbst nahm mit großer Mehrheit eine Resolution an,
 welche die Politik Chamberlains, die zu diesem Krieg ge-
 führt habe, verurteilt, und dann erklärt, daß es zwar im
 Interesse Südafrikas läge, auf die Beendigung der Feindseligkeiten
 Entschlossenheit sowie Gewährung gleicher Rechte an alle Weissen
 folgen zu lassen, daß aber die nationale Existenz der
 beiden Völkernrepubliken nicht unterdrückt
 werden dürfe. Die von Hundman in Shorehitch befürwortete
 und ebenfalls mit großer Mehrheit angenommene Resolution erklärt
 den Krieg für ungerecht, verdröckerisch, unpolitisch und fordert die
 Regierung und das englische Volk auf, die Feindseligkeiten baldigst
 auf Grundlage einer Lösung zu beenden, die den Völkern das
 Recht der Selbstregierung zuerkennt und so Südafrika
 Frieden und Gedeihen sichert.

Die Störung der Friedensversammlungen bezw.
 die damit verbundene Verletzung des freien Versammlungsrechts
 kamen auch im Londoner Gewerkschaftsrat zur Sprache,
 der am 12. April seine Generalversammlung abhielt. Es ward
 beantragt, eine große Protestversammlung im Hydepark abzuhalten und
 ein Zusatzantrag schlug vor, auf diesem Meeting die unerbittliche
 Beendigung des Kriegs und die Wiederherstellung der Unabhängig-
 keit der Völkernrepubliken zu verlangen. Die Debatte zeigte jedoch,
 daß über diese beiden Punkte große Meinungsverschiedenheit unter
 den Delegierten bestand. Verschiedene von ihnen, darunter der
 Abgeordnete W. Steadman, erklärten es für einfach unmöglich, den
 Krieg jetzt zu beenden. Schließlich ward der Zusatzantrag mit großer
 Mehrheit abgelehnt und lediglich Beurteilung der Versammlungs-
 störungen beschlossen. Ein besonderes Meeting soll nicht stattfinden.
 Der Gewerkschaftsrat vertritt zur Zeit 112 Gewerke und etwas
 über 54 000 zahlende Mitglieder.

Die Frage, ob Socialisten verpflichtet sind, die unerbittliche
 Beendigung des Kriegs zu verlangen, hat auch zu lebhaften Aus-
 einandersetzungen unter den Mitgliedern der
 Unabhängigen Arbeiterpartei geführt. F. Brodiehurst, eines
 der bekanntesten Mitglieder der Partei, hatte in einer Versammlung
 in Humber (Lincolnshire) zwar die Kriegspolitik verurteilt, aber hinzuge-
 sagt, er könne in den Auf nach sofortiger Beendigung des Kriegs
 nicht einstimmen. Nun der Krieg einmal da sei, müsse er auch bis
 zu einer Entscheidung fortgeführt werden. Das hat ihm heftige An-
 griffe zugezogen und ist ihm der Vorwurf, ein Jingo zu sein, nicht
 erspart geblieben. Der Vollziehungsrat der Partei hat sich eben-
 falls gegen den Inhalt von Brodiehursts Rede ausgesprochen, doch
 wird die Sache noch vor die Jahreskonferenz der Partei kommen.
 Auch im Verein der Fabier hat die Kriegfrage zu lebhaften Debatten
 geführt und den Austritt von 19 Mitgliedern aus dem Verein zur
 Folge gehabt.

Die Zurückberufung des Generals Gatacre vom
 Kriegsschauplatz wird in hiesigen Blättern lebhaft kommentiert. Ver-
 schiedenen ist die Maßregelung für die Mißgriffe, die sich der Ge-
 nannte hat zu Schulden kommen lassen, zu hart, andre finden, daß
 die Fehler, wegen deren er seines Kommandos enthoben wurde,
 zwar groß genug, aber doch noch gering sind im Verhältnis zu
 denen, die Lord Methuen als Führer der West-Armee auf dem Konto
 hat. Mehr oder minder laut wird auch der Ruf nach Festsetzung
 und Bestrafung des „wahren Schuldigen“ für die Schlappe bei Koom
 Spruit erhoben und durchblicken lassen, daß dies der junge Herzog
 von York, ein Mitglied der königlichen Familie, sei. Ueberhaupt
 macht sich der Verdruß und die Enttäuschung über die vielen Fehler der
 englischen Heerführer bei jeder möglichen Gelegenheit Luft. Als die Völkern
 nach ihrem Erfolg von Koom Spruit bekannt gaben, daß ihnen sorgfältig
 aufgenommene Kriegskarten in die Hände gefallen seien, die bewiesen,
 daß man in England den Krieg von langer Hand vorbereitet habe,
 schrieben die „Daily News“ sarkastisch, daß sei ja äußerst erfreulich
 zu hören, daß man bei Engländern ordentliche Kriegskarten erndtet
 habe. Nach einer heute in diesem Blatt veröffentlichten Korrespondenz
 vom Kriegsschauplatz war die Position bei Stormberg, wo Gatacre
 geschlagen wurde, eine solche, daß, wenn die englischen Truppen dort-
 hin geführt worden wären, wo sie nach dessen Vorhaben den Sturm-
 angriff machen wollten, die Niederlage nur noch verheerender hätte
 ausfallen müssen.

Die Schwierigkeiten der Herstellung des von vielen Engländern
 erstrebten britischen Reichsverbands werden anschaulich
 illustriert durch die Diskussionen, zu welchen die Frage der
 australischen Bundesverfassung geführt hat. Diese Ver-
 fassung, kraft deren die australischen Kolonien sich zu einer Bundes-
 republik (Commonwealth) zusammenschließen, ist das Ergebnis lang-
 jähriger Verhandlungen zwischen ihnen und hat letztes Jahr in
 direkter Volksabstimmung die Billigung der australischen Wähler-
 schaft erhalten. Sie soll jetzt vom Parlament und der Regierung
 des britischen Reichs genehmigt werden. Nun stellt sich aber heraus,
 daß sie einer der wenigen haben, die eine verfassungsmäßige Ver-
 bindung zwischen Australien und dem Mutterland darstellen
 und diesen wenigstens in bedeutsameren Rechtsfällen die oberste
 Stimme sichern, fast bis zum Herbeiziehen lockerte. Die
 Kompetenz der juristischen Abteilung des britischen geheimen Staats-
 rats soll nach ihr für Australien auf solche Fälle beschränkt werden,
 wo es sich um Rechtsstreitigkeiten zwischen australischen und in-
 australischen Teilen des britischen Reichs handelt, alle inner-
 australischen Konflikte dagegen sollen von dem australischen Bundes-
 Obergericht endgültig entschieden werden.

Das geht nun vielen Engländern, denen der Reichsgebirge am
 Herzen liegt, und sicher auch verschiedenen Mitgliedern der Re-
 gierung, wider den Strich. Es beschränkt im voraus die
 Funktionen des ihnen als Zukunftsbild vorzuwehenden Reichs-
 senats (in dem man das Haus der Lords bereinst
 umzuwandeln hofft) und mündert, wie gesagt, die Autorität
 des Reichs über einen ganzen Bund seiner australischen
 Kolonien. Es braucht denn auch nur noch einen Klack,
 und dieser verwandelt sich in einen selbständigen Staatenbund: die
 Vereinigten Staaten von Australien oder gleich Australasien. Aber
 was thun? Die Verfassung hat, so wie sie ist, schon die Sanktion
 des australischen Volks erhalten, die kleinste Aenderung würde eine
 neue Urabstimmung notwendig machen, und dagegen wehren sich
 einige der australischen Bevollmächtigten, die behufs Rati-
 fication der Verfassung herübergekommen sind, aus Lebens-
 kräften. Andre nehmen die Sache kühler, denn nicht in
 allen Kolonien ist die Begeisterung für die neue Verfassung
 gleich groß. Aber in allen würde die Einmischung des Reichs-
 parlaments oder der Reichsregierung in die inneraustralischen
 Fragen von einem großen Teil der Bevölkerung sehr übel
 aufgenommen werden und zu lebhaften Reklamationen und Agitationen
 Anlaß geben, die der englischen Regierung gerade im jetzigen Moment
 sehr unangelegen lämen. So wird denn hin und her verhandelt, um
 einen Mittelweg zu finden, es ist aber noch fraglich, ob dies
 gelingen wird. Herr Chamberlain, der Kolonialminister, hat sich
 in einer der letzten Sitzungen vor den Ferien mit auffallender Vorstär-
 kung über die Möglichkeiten des Reichsverbands geäußert. Es
 müsse da alle Initiativen den Kolonien gelassen werden, meinte
 er, man dürfe um keinen Preis ihre Empfindlichkeiten heraus-
 fordern. Charakteristisch aber ist es, daß eben diese australischen
 Kolonien, die sich in der Verfassungsfrage so spröde zeigen, in bezug
 auf die Südafrika-Frage geradezu fanatisch auf seinen Engländern
 stehen, das Amneigionsheer geht da um verschiedene Grade höher,
 wie in England. Auch haben die Freiwilligen aus den Kolonien
 entschieden in Afrika ihren Mann gestanden und schon gehörig Mut
 für England vergossen. Freilich spielen da allerhand Interessen-
 fragen mit, im ganzen kann aber diese freiwillige Bekräftigung der
 politischen Solidarität durch die That bei gleichzeitiger strenger
 Geltendmachung der staatsrechtlichen Selbstständigkeit als ein lehr-
 reicher Beitrag zum Thema von der bindenden Kraft freier Ein-
 richtungen dienen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. April.

Freisinniges.

Die liberale Presse vermeidet es geflissentlich, die Vor-
 gänge in der letzten Berliner Stadtverordneten-Versammlung
 einer Erörterung zu unterziehen. Man will über diesen
 Sündenfall des Liberalismus, diese dreifache Preisgabe aller
 demokratischen Grundsätze hinweghüpfen. Man prostituiert
 sich, aber man hat noch nicht den Mut gewonnen, sich dessen
 zu rühmen. Das wird mit der Zeit auch noch kommen, wenn
 die Allüren des Gothaer Freisinn erst allgemein Parteipflicht
 geworden sein werden.

Nur die „Volkszeitung“ spricht ihren bitteren Unmut über
 den „Dekorationsfreisinn“ aus. Das Blatt schreibt:

So kommt denn bei all den Loyalitätshymnen, durch welche
 die Herren Vertreter der Alten und Neuen Fraktion im Aufblick zu
 dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Ungarn den
 gestrigen Donnerstag verherrlicht haben, nichts weiter heraus,
 als die Erkenntnis, wie leicht es sich der in der Stadtverordneten-
 Versammlung tonangebende Kommunalfreisinn macht, auf Roß und
 Feder Steuerzahler dekorativ zu wirken. Wie die
 Flottenvermehrungsschwärmer von freisinniger Seite oft genug
 gefragt worden sind: wieviel sie an freiwilligen Opfern geben
 würden, wenn die Flotte aus privaten Mitteln vergrößert werden
 sollte, so möchten wir die Herren, die gestern 50 000 Mk. votiert
 haben, fragen: wieviel der Einzelne von ihnen wohl beisteuern
 würde, wenn diese Summe auf privatem Wege durch ein aus
 Hoflieferanten, Kommerzienräten u. d. bestehenden Komitee hätte
 gebracht werden sollen? Wir vermuten, daß viele von den Mitgliedern
 der Alten und der Neuen Fraktion, die gestern in freudbeben-
 der Loyalität die Stadtkasse um 50 000 Mk. erleichtert haben, nicht
 einmal das Geld ausgeben werden, um am Tag der Ankunft
 Franz Josephs ihre Fenster zu illuminierten, obwohl in den großen
 Warenhäusern sehr lange Kerzen sehr billig zu haben sind.

Durchaus dekorativ nahm sich gestern auch der Freisinn aus,
 als er allerlei unhaltbare Wenn und allerlei
 wurmfressige Aber dem socialdemokratischen Antrag
 zur Herbeiführung des allgemeinen gleichen und direkten
 Kommunal-Wahlrechts entgegensetzte. . . . Leider ließ auch die
 Neue Fraktion der Linken in der Wahlrechtsfrage mit der Alten
 Fraktion, wenn auch in etwas modifizierter Form, in dieselbe
 Kerbe. So sind die Wähler gestern geradezu mit der Nase darauf
 gestoßen worden, zwischen dekorativem Freisinn und demokratischem
 Ernst gründlich unterscheiden zu lernen.

Dagegen wird der Freisinn jetzt mit unterkennbarem
 Wohlwollen von der „Kreuz-Zeitung“ und der „Post“ auf-
 genommen, die anscheinend selbst nicht so viel waschechte
 Gesinnungstüchtigkeit für möglich gehalten hatten; wenigstens
 nahm die geistesverwandte Rhein.-Westf. Ptg. noch
 ironisch an, daß etwa 50 aufrechte tapferere Männer die
 50 000 Mk. verweigern würden. Es waren in Wirklichkeit
 nur 20! Es ist ein wohlverdientes Lob, wenn den Vätern
 der Stadt jetzt die „Kreuz-Zeitung“ nachrühmt, sie hätten
 „ein für ihre Verhältnisse“ ungewöhnliches Maß von politischem
 Takt gezeigt, das sehr vorteilhaft absteht von ihrer Haltung bei
 der letzten Bürgermeisterwahl, in der bekannten Friedhofs-
 angelegenheit und vor allen Dingen bei Gelegenheit des Besuchs
 des Königs von Italien, wo die zur Ausschmückung der Straßen
 geforderte Summe nur mit einer Zufallsmehrheit von wenigen
 Stimmen bewilligt wurde. Auch bei dem der freisinnigen
 Mehrheit nicht gerade bequemen Antrage des Stadt-
 verordneten Singer wegen des Gemeindevahlrechts hat

die Versammlung durch Ueberweisung an einen Ausschuß sich
 recht geschickt aus der Affaire gezogen. Man muß sich zwar ver-
 ständigerweise fragen, was für einen sachlichen Zweck grade
 bei diesem Gegenstande, über den sich jedes einzelne Mitglied von
 vornherein klar sein mußte, die Ueberweisung an einen Ausschuß
 haben sollte. Betrachtet man indessen die Sache von rein tal-
 lischen Gesichtspunkten, so findet das Verhalten der Mehr-
 heit seine ganz natürliche Erklärung. Durch dieses ist
 eine Beschlußfassung vermieden worden, die, wenn sie in der
 einen Richtung erfolgte, freisinnigen Grundsätzen widersprach, im
 entgegengesetzten Fall aber den Horn der Socialdemokraten über
 die vorausgegangene Bewilligung der 50 000 Mk. in unangenehmer
 Weise steigern mußte.

Man wird dieses plötzliche Lob um so höher zu schätzen
 wissen, als dieselbe „Kreuz-Zeitung“ denselben Freisinn in
 ihrer unmittelbar vorhergehenden Nummer in Hinblick auf die
 standstillen Vorgänge in Gotha wie folgt gewürdigt hatte:

Nach dem, was wir bei ihrem erfolgreichen Versuche, das
 fassungsmaßig vorgeschriebene geheime Wahlrecht hinfällig zu
 machen, erlebt haben, wird von einer großen Reizung, mit diesen
 Herrschaften Beziehungen anzuknüpfen, kaum noch die Rede sein.
 Jenes Verhalten ist vielmehr nur geeignet, ihre politische Er-
 bärmlichkeit im besten Lichte erstrahlen zu lassen.

Auch die „Post“ sieht hoffnungsvoll in die Zukunft und
 sieht ihr Ideal einer einheitlich gefammelten Reaktion näher
 kommen. Sie mahnt die Liberalen väterlich, nun endlich ein-
 zusehen, daß sie für ein Socialistengesetz stimmen müßten:

Unabhängig ist die Sprache der socialistischen Presse zu einer
 Schärfe geblieben, die kaum mehr übertroffen werden kann. Singer,
 der Arrangeur der politischen Ueberwägungen, und der „Vorwärts“
 haben bereits bereit mit dem Respekt vor unsren herrschenden
 Zuständen angeräumt, daß sie in allem, was mit dem
 lössantigen Hause in irgend welche Beziehung kommt,
 byzantinische Erfindungen sehen. Man lese nur den Zeit-
 artikel des „Vorwärts“. Wenn fällt da, wenn er
 diese verwilderte, autoritätslose Sprache hört, nicht unwillkür-
 lich ein, daß der rote Kobent des Jahres 1789 auch keinen
 König von Frankreich, sondern nur einen Louis Capet kannte?
 Es ist wirklich schon weit gekommen, und die freisinnigen Hüter
 des mobilen und immobilien Kapitals, auf die jetzt die Kuten-
 streiche der socialistischen Agitation und Presse niederlaufen, mögen
 wohl endlich erkennen, welches Gewicht sie sich jetzt der Auf-
 hebung des Socialistengesetzes liebevoll groß gezogen
 haben.

Die „Post“ scheint es für das Zeichen autoritätsloser
 Verwilderung zu halten, daß wir die staatsmännischen Reden
 eines Dugo Sachs nicht mit dem gebührenden politischen
 Respekt behandeln. Sie verlangt zum Schutze der freisinnigen
 Autorität ein Socialistengesetz — der Freisinn darf sich Glück
 wünschen, er hat bei der „Post“ die zarte Verletzlichkeit und
 Schutzbedürftigkeit einer Majestäät erlangt.

Das goldene Zeitalter bricht an: Der Junker muß
 geachtet das höfische Paradies verlassen, und hinein schwärmt
 der frisch getrichene Adel der Kommerzienräte. Der Besinnung
 nach ist der Liberalismus reif zu solcher Beförderung, und die
 andren körperlichen und geistigen Vorzüge lassen sich teils
 lernen, teils kaufen. Das bilden sich die Unentwegten
 wenigstens ein.

Verlassen.

Harrer Raumann, der Mann der guten Absichten und der
 miserablen Politik, hat allenthalben getaselt, Anhang für das krause
 Ideendurcheinander zu finden, mit dem er die Welt zu erleuchten
 gedachte. Die Widerspruchsfälle in allem Denken und Wirken
 ließ ihn jedoch nie mehr werden, als einen interessanten
 Eingänger, ließ ihn nie festen Boden in irgend welchen
 breiten Volksschichten fassen. Jetzt hat er auch in den
 „Evangelischen Arbeitervereinen“ ein böses Glas
 dabongetragen.

In Dresden fand dieser Tage die Delegiertenversammlung des
 Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine statt. Herr Rau-
 mann, der unentwegt in aussichtslosen Hoffungsdelirien
 Schwelgende, unternahm den ersaumlichen Versuch, die pfäffisch ge-
 züchteten Evangelischen Arbeitervereine, deren Mitglieder fast zur Hälfte
 Nicht-Arbeiter sind, für ein vorurteilsfreies, auf Kampf gestelltes
 Gewerkschaftswesen zu begeistern. Er beklagte, daß die meisten der
 Mitglieder der „E. A.“ sich den gewerkschaftlichen Bestrebungen
 gegenüber gleichgültig verhalten. Da sie aber doch in die Lohnkämpfe
 der Gewerkschaften hineingezogen würden, so sei es nötig, daß sie
 nicht länger von den gewerkschaftlichen Organisationen fern bleiben;
 sie sollten dazu beitragen, daß große starke Arbeiterorganisationen
 auf rein gewerkschaftlichem Boden entstehen. Raumann beauftragte
 folgende Thesen:

a) Die evangelischen Arbeitervereine wahren ihren
 religiösen und patriotischen Charakter in jeder Hinsicht und
 sind darum nicht im stande, alle Mitglieder eines Berufs
 zu gewerkschaftlicher Arbeit zu vereinigen. Ihre praktische Thätig-
 keit liegt mehr auf dem Gebiet der Genossenschaft, als auf dem
 der Gewerkschaft. b) Da aber die evangelischen Arbeitervereine
 nicht selbst Gewerkschaften ins Leben rufen können, haben
 sie die dringende Pflicht, ihre Mitglieder zur
 Teilnahme an Gewerkschaftsverbänden an-
 zuhalten, damit nicht durch die evangelischen
 Arbeitervereine der Gesamtschritt der Arbeiter-
 bewegung irgendwie gehemmt werde. c) Es wird nötig sein,
 daß die einzelnen evangelischen Arbeitervereine sich nach lokalen
 Erwägungen darüber schlüssig machen, welcher Art von Gewerks-
 schaften oder Gewerksvereinen sie ihre Mitglieder zuführen wollen.
 Jedenfalls empfiehlt sich gemeinsamer Eintritt der christlichen
 Berufsgruppen eines Orts. d) Bei dieser Beschlußfassung darf
 nie aus dem Auge verloren werden, daß die Herstellung aller
 umfassender unpolitischer und unprofessioneller

Vereinsverbände das letzte Ziel ist. Verbände, die diesem Ziel offen zustreben, haben den Vorzug.

Gegen Raumann traten verschiedene Redner auf, u. a. Lic. Weber und Reichstags-Abgeordneter Franken-Vochum, der folgende Gegenüberstellung aufstellte:

Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands erachtet es nicht als seine Aufgabe, den einzelnen Vereinen zu empfehlen, Gewerkschaften zu organisieren. Er überläßt es den einzelnen Mitgliedern, bestehenden Gewerkschaften, sofern solche nicht von der Socialdemokratie geleitet werden, beizutreten. Er begrüßt lebhaft die im Reichstag angestrebten Arbeiterkammern, die dazu dienen, die Interessen der Arbeiter zu wahren und die Arbeiter wirtschaftlich zu schulen. Er erachtet solche auch als geeignet, socialdemokratische Bestrebungen und konfessionelle Reibungen aus der Arbeiterbewegung fernzuhalten.

Es gab eine hitzige Debatte. Für Raumann scheint nur sein Parteifreund Rischendorf eingetreten zu sein. Raumann mußte sehen, daß seine Anträge gänzlich aussichtslos waren, er ersuchte, keine Abstimmung vorzunehmen und die Sache zu vertagen. Die Gefälligkeit dieses Abgangs erwies ihm denn auch die Delegiertenversammlung.

Herr Raumann mag geglaubt haben, es werde sich durch Einschmuggelung der frömmelnd-zahmen evangelischen Arbeiter in den Kampforganisationen der Gewerkschaften eine Abkehr von hochgestellten Idealen erweisen lassen. Ist es doch sein heißer Wunsch, die Gewerkschaftsbewegung von den „socialistischen Utopien“ loszulösen. Aber seine Klassen- und Glaubensfreunde verließen ihn. Sie sind überzeugt, daß auch die kleine Zahl der Arbeiter, die bisher ihrem evangelischen Vornachfolger, ihnen völlig entfremdet werden würde, sobald sie sich einmal in Reich und Glied des Arbeiter-Klassenkampfes gestellt haben. Sie teilen nicht die Utopie Raumanns, als sei es möglich, die zu selbständigem Wollen organisierten Arbeiter der Gewerkschaften durch Beimischung des evangelischen Elements zur sozialen Bescheidenheit zu erweichen. In selbst die soziale Bescheidenheit, die Herr Raumann die Gewerkschaften lehren möchte, ist den Leitern der evangelischen Arbeitervereine noch immer böse Begehrlichkeit. Herr Raumann, der sich uns gegenüber stets des realpolitischen Blicks rühmt, sah nicht einmal die Tatsache, daß die evangelischen Arbeitervereine nur zu dem Zweck gegründet und bestimmt sind, jede Arbeiterbewegung lahm zu legen. In phantastischer Verdrängung aller wirklichen Verhältnisse lebte er der Einbildung, die Feinde der Arbeiterklasse zu ihrer Förderung — Förderung, wie eben Raumann sie versteht — überreden zu können. Eine vernünftige Absage hat ihn ereilt. Sehend wird er auch durch diese Lehre nicht werden.

Warenhaus- und Konsumvereins-Steuer in Sachsen.

Man schreibt uns aus Dresden, 19. April: Heute spulte in der Zweiten Kammer des Landtags wieder einmal die Warenhaus- und Konsumvereins-Steuer. Die vereinigten Konservativen und Rationalisten hatten unter der Führung der Herren Opy und Dr. Schill einen Antrag eingebracht, die Regierung möge dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf vorschlagen, durch welchen eine stärkere Besteuerung derjenigen gewerblichen Betriebe ermöglicht werde, welche durch die Konzentration des Detailhandels mit verschiedenen Warengattungen oder durch von Gebäuden des soliden Handels abweichende Maßnahmen sich besondere Vorteile schaffen. Die Antragsteller wollen dadurch die mittleren und kleinen Gewerbebetriebe schützen und entlasten, denn die bisherige Regelung des Gegenstands auf dem Wege der Gemeindeautonomie habe nicht den gewünschten Erfolg gezeigt. Der Konservative Opy wandte sich scharf gegen die verwünschten Konsumvereine, die sich trotz der kommunalen Sonderbesteuerung lustig weiter entwickelten und im Jahre 1899 205 Vereine mit 179 000 Mitgliedern zählten, die bei einem Umsatz von 44 Millionen Mark 6 Millionen Dividenden verteilten. Vollständig befriedigende Verhältnisse werde die Steuer allerdings nicht schaffen, aber die in 12 Städten und 12 Landgemeinden bereits eingetretene kommunale Besteuerung lasse gewisse Schlüsse zu. Lasse sich auch ein weiteres Anwachsen der Konsumvereine in den meisten dieser Orte nicht leugnen, so sei doch das Lieferantengeschäft zurückgegangen, und dieses habe das Handwerk am schwersten geschädigt. Diejenigen Vereine wolle er von der Besteuerung ausnehmen, welche ihren Mitgliedern die zum Gewerbebetrieb erforderlichen Waren vermitteln (das sind die landwirtschaftlichen Konsumvereine), wolle aber diejenigen treffen, welche Dividenden verteilen (das sind die Arbeiter-Konsumvereine).

Der Antragsteller Dr. Schill (natl.) faßte die Sache bei einem andern Hinkel an und erwartete sich dadurch die allerhöchste Unzufriedenheit seiner konservativen Bundesgenossen. Er will zunächst die Konsumvereine von der Sonderbesteuerung ausgeschlossen wissen. Es erscheint ihm aber auch zweifelhaft, ob es ratsam sei, die Großbetriebe zu besteuern, schon der Konsequenzen wegen. Mit gleichem Recht könnte später der kleine Handwerker kommen und die Besteuerung der Großgrundbesitzer fordern. Eine Höherbesteuerung der Warenhäuser rechtfertige sich aber dadurch, weil sie von der Gemeinde ganz andre Vorteile hätten als die kleinen Detailisten. Die Warenhäuser seien keine Auswüchse ihres Erwerbsebens und man dürfe sie durch die Sonderbesteuerung nicht als etwas Unreelles brandmarken wollen. Redner ist gegen eine Umsatzsteuer, die ungleichmäßig und daher ungerecht wirke; man solle für die Besteuerung lieber die Größe der Räume, die Zahl der Branchen und die Zahl der Bediensteten in Rechnung ziehen. Die Steuer solle nur eine Art Prohibitivmaßregel sein.

Die Konservativen waren ziemlich verblüfft ob dieser Rede. Genosse Frädorf unterzog sich der Aufgabe, die konservativen Heißsporne ein bißchen abzuschliffen. Auswüchse im Handel seien schon jetzt durch das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb zu bekämpfen. Dem Mittelstand solle mit dem Antrag nur wenig um den Mund geschmeichelt werden. Ein Mittelstand, der solcher Hilfe bedürfe, sei schon gar kein Mittelstand mehr und möge lieber heute als morgen zu Grunde gehen. Wir haben nicht die Absicht, den Mittelstand zu ruinieren, wir haben aber auch gar nicht die Macht, ihn zu retten. Rügen werde die Steuer dem Mittelstand nichts; die Konservativen wollten damit nur ihre Wähler bei guter Laune erhalten. Dem Mittelstand könne es noch gar nicht so schlecht gehen, sonst würde er nicht immer für die unnützen Ausgaben für Heer und Marine schwärmen. Auch die Landwirtschaft wolle den Zwischenhandel befechtigen und ihre Produkte direkt an den Staat absetzen, die Arbeiter aber sollten sich vom Zwischenhandel ruhig ausbeuten lassen. Die Hebung der sozialen Lage der unteren Klassen liege weit mehr im Interesse des Staats als die Hebung des Mittelstands, man wolle aber dem Mittelstand helfen auf Kosten der Mittellosen, denen man auch noch das Letzte aus der Tasche nehme, um den Konservativen die reaktionären Wähler zu erhalten.

Die Regierung war von dem Antrage Opy-Schill sichtlich sehr wenig erbaut. Minister v. Meyß wandte sich wie ein Kal, um es mit den konservativen Mittelstandsreiterei nicht zu verderben und trotzdem sich zu verpflichten. Die Regierung werde gern den Mittelstand schützen, aber sie habe doch ihr Wohlwollen schon dadurch betätigt, daß sie die Gemeinden angera-

habe, auf dem Wege der Gemeindebesteuerung dem beklagtem Uebel abzuhelfen. Wenn der Staat in der Sache regulierend eingreifen solle, könne er nur für größere Einheitslichkeit der Besteuerung sorgen, und eine größere PreSSION auf die Gemeinden ausüben, vorzugehen. Er halte den Weg der kommunalen Regelung immer noch für den gangbarsten; auch in Preußen sei die Regierung dieser Ansicht gewesen. Wenn schließlich Preußen und Bayern die Sache staatlich geregelt hätten, so seien dafür Württemberg und Baden zu entgegengesetzten Schlüssen gekommen. Es sei nicht unbedingt, die Besteuerung auf die Basis der Konzentration des Detailhandels mit verschiedenen Warengattungen zu stellen, denn es müßte dann die Gruppierung dieser Warengattungen gesetzlich festgelegt werden, und das sei sehr schwierig. Er werde bemüht sein, eine Gesetzesvorlage herzustellen, welche die Zustimmung der Kammer finden könne, aber er verhehle sich die Schwierigkeiten nicht. Die Konsumvereine, die für die Bevölkerung ein gewisser Segen seien, könnten von der Besteuerung nicht ausgenommen werden. Großer Erfolg sei von den angestrebten Maßregeln nicht zu erhoffen. Der Mittelstand solle sich nicht auf den Staat allein verlassen, sondern den Weg der Selbsthilfe beschreiten und sich genossenschaftlich organisieren.

Das sang nicht gerade sehr verheißungsvoll und die Mittelstandsreiter waren auch sichtlich enttäuscht. Seitens linker Partei sprachen noch Seifert und Hofmann, dann machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende und die Regierung wurde mit allen gegen 10 Stimmen beauftragt, den Mittelstand durch höhere Besteuerung der Konkurrenz zu retten. Wie? Das ist ihre eigne Sache.

Deutsches Reich.

Lex Heinze.

In der bairischen Kammer wurde am Freitag die Debatte über die lex Heinze fortgesetzt. Ein Wolffisches Telegramm meldet:

Abg. v. Bollmar (Soc.) brachte in längerer Polemik gegen die „lex Heinze“ auch die Mitternachtsrede zur Sprache, daß dem Grafen Verchenfeld im Reichstage nach seiner bekannten Rede von Seiten des Centrums zugerufen worden sei: „Hugo, das hast Du gut gemacht!“ Ministerpräsident Freiherr v. Crailsheim erwiderte, die lehrte Regierung sei völlig erfunden. Graf Verchenfeld habe keine Stellung in Berlin nie als die eines Parteirepresenters aufgeführt, sondern stets als die des Vertreters der bairischen Regierung. Justizminister v. Leonrod sowie der Minister des Innern Freiherr v. Heitrich betonten alsdann, die bairische Regierung wolle mit dem § 184a nur eine Lücke des Strafgesetzbuchs ausfüllen, jedoch die Kunst in keiner Weise beeinträchtigen. Im Lauf der Zeit habe aber jener Paragraph eine Fassung gefunden, mit der Unzutraglichkeit verknüpft sein könnten. Hoffentlich finde der Reichstag schließlich noch eine bessere Fassung, die alle Anschauungen befriedige.

Die Anmerkungen des Herrn v. Heitrich sind recht absonderlich, da die Beschlüsse des Reichstags in dritter Lesung auf vorheriger Besprechung zwischen den Regierungsvertretern und den Heintze-Parteien beruhen. Offenbar haben die bairischen Minister ihre Stellungnahme zur lex Heinze nur darum in so wenig klarer Fassung zum Ausdruck gebracht, um die Centrumsmajorität der Kammer nicht allzu sehr zu reizen. Immerhin genügen die Anmerkungen der bairischen Kammer, um die Hoffnungen des Centrums auf das Zustandekommen des Gesetzes noch weiter herabzumindern. Wahrscheinlich werden die Regierungen gar nicht nochmals in die Lage kommen, zum Heintze-Gesetz Stellung zu nehmen. Der Reichstag wird sie hoffentlich davor bewahren.

Ueber die Debatten in der Bremer „Bürgerchaft“ über die lex Heinze wird uns von dort berichtet:

Daß in Bremen die Protestbewegung gegen die lex Heinze in Fluß gelangt ist, ist in jeder Beziehung auf das Vorgehen der bremischen Socialdemokratie zurückzuführen. In der letzten Sitzung der „Bürgerchaft“ gelangte der von linker Fraktion vor drei Wochen eingebrachte Antrag endlich zur Debatte, der den Wortlaut hat: „In der Ueberzeugung, daß die lex Heinze das deutsche Kulturleben auf das ärgste schädigen würde, erwartet die bremische Bürgerchaft, daß der Staat den bremischen Bevollmächtigten im Bundesrat beauftragt, gegen die lex Heinze zu stimmen.“ Als Antragsteller beurteilte Genosse Redacteur Rhein in scharfen Ausführungen die Versuche, Kunst und Literatur dem Büttel anzuliefern. Wenn auch die Obstruktionspolitik der Linken im Reichstage die Gefahr des Gesetzes vor der Hand abgewendet habe, so wisse man doch nicht, ob der Moralisanatismus gewisser Kreise das Gesetz nicht doch noch durchsetzen werde. Der drohende Schlag müsse pariert werden und dazu müsse auch die Bürgerchaft die Hand erheben. Eine Politik wie sie der Senat seinerzeit bei der Fuchshausvorlage betrieb habe, die er „aus Zweckmäßigkeitsgründen“ im Bundesrat unterstügt habe, dürfe nicht befolgt werden.

Genosse Rhein hatte mit dieser Forderung einen höchst wichtigen Punkt getroffen. Schon einige Male ist die Reichspolizei des Senats, die behufs Erlangung wirtschaftlicher Vorteile für die Rederschaft auf eine bedingungslose Unterstützung der reaktionären Politik Preußens hinausläuft, seitens der Socialdemokratie in der Bürgerchaft angefaßt worden. Regelmäßig ist dann bestritten worden, daß die Bürgerchaft das Recht habe, die hundsbedächtige Haltung des Senats zu kritisieren und zu dirigieren. Auch diesmal wieder betonte der Wortführer der Rechten, Richter Dr. Varmann, der einer Senatsaspirantenfamilie angehört, es läge „auf vielen Seiten Bedenken vor, ob es zweckmäßig und für das Wohl des Staats ersprießlich“ sei, solche Anträge einzubringen und zu diskutieren. Es fehlte der Bürgerchaft die Kenntnis wichtiger Momente und Faktoren, auf welche die Politik des Senats beeinflusst werde, um auf die Instruction des Bundesbevollmächtigten hinwirken zu können. Also Senatsabsolutismus in puncto Reichspolitik!

Aber in diesem Falle wäre die Blamage zu fürchtbar gewesen, hätte man den Antrag der Socialdemokratie zurückgewiesen, und so stimmte Dr. Varmann unter ausdrücklicher Betonung, daß durch die Annahme des Antrages kein Präcedenzfall geschaffen werde, dem Antrag gegen die lex Heinze zu, der schließlich unter Einfügung eines auf den Kunst- und Theaterparagraphen besonders hindeutenden Zusatzes fast einstimmig angenommen wurde.

Eine kaiserliche Ueberraschung.

Eine Ueberraschung hatte Wilhelm II. seinem Oheim, dem Prinzen von Wales, der am Donnerstagabend in Altona erwartet wurde, und zugleich der Altonaer Garnison zugebracht. Nachdem der Kaiser noch am Donnerstagnachmittag mit der Kaiserin und der Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein im Garten des Schlosses Bellevue einen Spaziergang gemacht hatte, fuhr er um 4 Uhr 45 Minuten, ohne sich vorher angekündigt zu haben, nach Altona, um dort den von Kopenhagen kommenden Prinzen von Wales auf der Durchreise zu begrüßen. Er traf 10 Uhr 5 Minuten in Altona ein, begrüßte den einige Stunden vorher von Kiel aus angekommenen Prinzen Heinrich und konnte gleich darauf dem 10 Uhr 18 Minuten eintreffenden Prinzen von Wales seinen Glückwunsch zum glücklichen Entkommen aus der Todesgefahr aussprechen.

Die beabsichtigte Ueberraschung Wilhelm II. gelang vollständig. Das Militär, der kommandierende General v. Massow, die Generalität und das Offiziercorps, hatte seine volle Aufmerksamkeit dem Bahngelände zugewendet, auf dem der Jug des englischen Thronerben erwartet wurde. Die Aufmerksamkeit der militärischen Epichen war derartig auf die bevorstehende Ankunft des Prinzen konzentriert, daß

sie ganz das Einlaufen des kaiserlichen Hofzuges übersehen. Der Kaiser hatte, wie er selbst lachend bemerkte, dergestalt auch einmal die Genußnahme, das Militär von hinten inspicieren zu können. Die Verblüffung der so heiter Ueberraschten dürfte seine geringe gewesen sein.

Die Begrüßung des Prinzen von Wales bestand in Kuß und Händedruck.

1/4 Stunde nach der erwarteten Ankunft, 11 Uhr 20 Minuten, trat der Kaiser die Rückreise nach Berlin an.

Der „Daily Telegraph“ sucht die Begegnung des kaiserlichen Neffen mit dem prinziplichen Oheim erklärlicherweise politisch zu fruchtbarisieren. Sie nimmt an, der Schritt des Kaisers sei ein sichtbarer Ausdruck der großen und festen Freundschaft mit England und verheißt eine nahe Zukunft, in welcher den herzlichsten Beziehungen beider Regierungen ein gutes Einvernehmen zwischen zwei Völkern folgen werde, deren weitere Entfremdung ein Unglück wäre und deren Versöhnung notwendig für die ständigen Interessen beider sei.

Auch die „Deutsche Tages-Zeitung“ scheint an einen politischen Hintergrund der Begegnung zu glauben oder wenigstens eine politische Ausbeutung derselben zu befürchten, denn sie giebt zu dem die Begegnung meldenden Telegramm mit folgenden Kommentaren: „Es ist vom rein menschlichen Standpunkt erklärlich, daß Se. Majestät der Kaiser das Bedürfnis empfunden hat, einen nahen Verwandten, kurz nachdem dieser einer schweren Gefahr entgangen ist, persönlich zu begrüßen. Trotzdem werden unsere Leser verständlich finden, wenn wir uns und jedes weiteren Kommentars zu dieser Begrüßung enthalten.“

Zu den gegen die Socialdemokratie gerichteten Kundgebungen des Kaisers, selbst wenn sie noch so temperamental voll waren, hatte das Organ der Agrarier niemals eine kritische Bemerkung zu machen. Um so mehr muß es auffallen, daß es in seiner verärgerten Stimmung dem agrarischen Haß gegen England ohne weiteres die verwandtschaftliche Pietät des Kaisers geopfert zu sehen wünscht. Wenn man wünscht, daß der Kaiser sich als Privatmann die durch die politischen Verhältnisse gebotene ersehene Meliorer anferlegt — ein Wunsch, den auch wir nicht für unbegründet halten — so sei man wenigstens konsequent.

Die verübene Verletzung des Agrarier-Organs dürfte übrigens in der antimilitärischen Presse ein lange nachhallendes Echo finden. Man wird nicht umhin können, zu konstataren, daß der Kaiser sich abermals in schroffem Widerspruch gesetzt hat zu dem Empfinden des Volks.

Aus dem Hofbericht.

Dem Bericht über die hofische Tageschronik entnehmen wir folgende Mitteilungen: Am 20. morgens 7 Uhr 45 Min. erfolgte die Ankunft Wilhelm II. aus Altona.

Nach dem Frühstück im königl. Schloß machten beide Majestäten den gewohnten Spaziergang im Tiergarten.

Hierauf hatte der Kaiser mit dem Unterstaatssekretär Freiherrn v. Nitzschofen eine kurze Besprechung im Auswärtigen Amt und wohnte später im kgl. Schloß dem Empfang einer Abordnung des Chirurgenkongresses bei der Kaiserin bei.

Am 11 Uhr begab sich der Kaiser nach dem Opernhaus, wo die Probe zur Oper „Das eiserne Pferd“ stattfand.

Am 2 Uhr legten der Oberbürgermeister von Berlin Rischner und Stadtbaurat Hoffmann dem Kaiser die Pläne zur Ausschmückung des Pariser Platzes am Tage der Ankunft des Kaisers von Oesterreich vor.

Abends wird der Kaiser einer Einladung des sächsischen Gesandten Grafen v. Hohenthal und Bergen zum Mahl folgen.

Am Sonntagabend um 8 Uhr 30 Minuten gedankt der Kaiser nach der Wartburg abzureisen.

Die „Freisinnige Zeitung“ sieht sich nun endlich veranlaßt, den Gothaer einen Rißfel zu erteilen, nachdem sie in ihrer ehrsüchtigen Manier erst den Anschein zu erwecken versucht hat, als ob die Angaben des „Vorwärts“ nicht richtig seien, sich aber dann dazu bequemt, sie anzuerkennen. Klar gestellt sei zwar nicht, ob unter den 130 Wählern, welche mündlich abstimmten, auch Anhänger der freisinnigen Volkspartei sich befunden hätten; falls das aber der Fall sei, so haben die betreffenden Wähler dem Parteiprogramm, welches überall für das geheime Wahlrecht eintritt, zu widergehandelt.

Wir wissen wirklich nicht, warum die „Freisinnige Zeitung“ sich noch bemüht, sich für das geheime Wahlrecht zu erhitzen, nachdem sie feierlich bekundet hat, sie sei für jede Verjährung des Wahlrechts zu haben, sofern ihre Partei nur davon Nutzen habe. Das ist nämlich der Sinn ihrer Bemerkung über wehren in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erörterten Wahlrechtsantrag: „Und würde es unter diesen Umständen richtiger erscheinen sein, wenn man, statt noch erst eine Kommissionsberatung einzutreten zu lassen, einfach den Antrag Preuß von der Rechten Fraktion der Linken angenommen hätte, die Petition zu beschränken auf die Beseitigung der öffentlichen Stimmgabe und des Klassenwahlrechts. Wozu überhaupt noch eine unständliche Kommissionsberatung, da es sich hier doch nur um eine leere Demonstration der Socialdemokratie handelt und eine Petition weder in der einen noch in der anderen Form bei der Zusammenfassung des Landtags die geringste Aussicht hat, eine Einwirkung zu üben?“

In diesem Antrag Preuß steckt unzweifelhaft ein noch brutaleres Wahlrecht, als das gegenwärtige ist. Ein gleiches Wahlrecht, das nicht auch allgemein ist, ist unendlich schlechter als ein nicht gleiches, das aber allgemein ist. Die allgemeine Massenwahl hat bisher noch ermöglicht, daß Vertreter des Proletariats gewählt werden. Würden wir stattdessen ein gleiches Wahlrecht erhalten, das aber an einen Genus gebunden ist, so würde die Arbeiterchaft nicht mehr im Stande sein, Vertreter ins Stadtparlament zu entsenden. Es verdient für immer festgehalten zu werden, daß die Freisinnigen zwar nicht gewillt sind, das Kommunalwahlrecht zu verbessern, dahin aber eifrig streben, es den breiten Massen überhaupt zu entziehen. Der Berliner Stadtfreisinn ist auf der Höhe des sächsischen Konservatismus angelangt.

Gepreßte Flottenvereiner.

Die privaten Flottenagitatoren behaupten ihr verdienstliches Handwerk nunmehr auch in Berlin selbst mit einer Ungeniertheit zu betreiben, als befänden sie sich in den patriotisch-umsiedelten Bezirken des Bremer Kanonenkönigs oder jenes andern absolutistischen Herrschers an der Saar. Wie uns berichtet wird, ließ der Ingenieur W. in der Vorkriegsigen Fabrik eine Anzahl von Arbeitern der mechanischen Werkstatt nach der Meisterbude rufen, um ihnen hier die Mitgliederliste des Flottenvereins zum gefälligen Unterzeichnen zu präsentieren. Da man berechnenderweise solche Arbeiter auswählte hatte, die schon längere Jahre in der Fabrik beschäftigt sind, fanden sich wirklich eine Anzahl der für die Aufnahme in den Flottenverein würdig Befundenen bereit, die Unterschrift zu leisten und eine, ja sogar zwei Reichsmark zum Kriegsfonds des Vereins beizusteuern. Man beschätzte eben, im Weigerungsfalle bei nächster Gelegenheit aufs Straßenspflaster zu liegen. Trotzdem der Herr Ingenieur selbst davon überzeugt sein müßte, daß ein derartiges Sammeln für den Agitationsfonds der Flottentollen einer Brandstiftung verzwweifelt ähnlich steht, wird er sich gleichwohl bei gegebener Veranlassung nicht genug über den „Terrorismus“ der Socialdemokratie entrüsten können.

Nicht geeignete Landarbeiter.

In einer Sitzung des landwirtschaftlichen Kreisvereins zu Kirchhain (Kurhessen) äußerte, wie man uns von dort schreibt, der Landrat Freiherr von Schenk zu Schweinsberg, in landwirtschaftlichen Kreisen habe man die Veranlassung ungründer und siedendürstiger Deutscher zur Abstellung der „Leuten“ nicht empfehlen können, weil diese Leute in ihrer Heimat ein besseres Lebensweise gewöhnt seien, als man ihnen in Deutschland biete. Die Agrarier können nur Leute brauchen, die noch geringere Ansprüche stellen als die heimischen Landarbeiter. Der Kull ist ihr Ideal.

Eine Revolution im Kriegsschiffbau? In der „Königlichen Volkszeitung“ liest man:

Der Flottengeheiß-Kommission zur Beachtung empfohlen sei eine Nachricht der New Yorker „Science“, der zufolge der Sohn des bekannten Erfinders Edison eine neue Panzerplatte geschaffen haben soll, welche eine weit größere Widerstandskraft besitzen soll, als die Krupp'schen Panzerplatten. Die Panzerung eines Kriegsschiffs könne bei gleicher Stärke fast um 50 Proz. hinsichtlich der Dicke und des Gewichts verringert werden. Auch sollen die Herstellungskosten wesentlich geringer sein, als bei dem Krupp'schen Verfahren. Die Angelegenheit verdient jedenfalls die sorgfältigste Prüfung und könnte vielleicht dazu führen, die Erledigung der Flottenvorlage so lange hinaus zu schieben, bis genoueres über das neue Edison'sche Verfahren bekannt ist, bezw. bis Versuche mit den neuen Panzerplatten gemacht worden sind.

Falls die Nachricht auf Wahrheit beruht, wäre der Wert der mit der alten Panzerung versehenen Kriegsschiffe vermuthlich nur noch ein sehr problematischer. Denn durch die Schwere des Panzers wird die Beweglichkeit eines modernen Kriegsschiffs erklärlicherweise beträchtlich vermindert. Eine leichtere, aber gleich widerstandsfähige Panzerung würde auf die maschinelle Ausstattung der Schiffe und damit auf die Schnelligkeit und Manövrierfähigkeit derselben nicht ohne großen Einfluß bleiben. Die Schiffe der bisherigen Konstruktion würden daher möglicherweise nur noch unter dem „alten Eisen“ rangieren. —

Die Eitelkeit auf dem Lande. Der Herausgeber des Sammelwerks über die geschichtlich-stillischen Verhältnisse auf dem Lande, Pastor Wagner, wehrt sich im „Reichsboten“ abermals gegen die Angriffe der Agrarier vom Stamme Oertels. Es sei eine unerbörte Beleidigung, zu behaupten, die Mitarbeiter hätten „aus Klatsch und Mutmaßungen“ ihr Material zusammengetragen. Ebenso unerwiesen sei der Vorwurf, wir hätten „eine Anklageschrift“ aufgebaut, die hauptsächlich auf den Großgrundbesitz gemünzt war. —

Gedankliche Hoffnungen. Aus Elßaß-Lothringen wird uns geschrieben: Wie in Nürnberg auf die Verleiche Angelegenheit, so hatten in Wülhausen die bürgerlichen Parteien auf die Entwicklung des Falles Sueb die Hoffnung gesetzt, es werde zu einem hellen Aufbruch in sozialistischen Lager kommen und ihnen dadurch die Möglichkeit geboten werden, der verhassten Socialdemokratie das bisher von ihr innegehabte Reichstags-Mandat zu entreißen. Und wie dort, so ist auch hier diese Hoffnung gründlich zu Wasser geworden. Monate lang hatte insbesondere die „freisinnige“ Presse des Landes, an erster Stelle die „Straßburger Bürgerzeitung“, gegen die Socialdemokratie und die in deren innerem Parteiloben mahnehenden Grundzüge gekämpft, indem sie vorgab, wiesen Genossen Sueb gegen die angeblichen „Vergewaltigungsversuche“ der Parteileitung in Schutz zu nehmen; und jetzt, nachdem die Angelegenheit zur Zufriedenheit aller beteiligten Faktoren ihre Erledigung gefunden, besitzt dieses Vergehens nicht einmal den journalistischen Anstand, ihre Leser von dieser Lösung der Frage in Kenntnis zu setzen. Wie bitter der Schmerz unfer politischer Gegner darüber ist, daß wir es ablehnen, durch einen selbstmörderischen Bruderzwist ihre Wahlschäfte zu besorgen, das geht u. a. aus einer Wülhäuser Korrespondenz des national-liberalen „Schwäbischen Merkur“ in Stuttgart hervor, in der es heißt:

„Die bisherige Entwicklung des Falles Sueb“ hat bereits gezeigt, daß die Hoffnung auf praktische Folgen der im socialdemokratischen Lager herrschenden Uneinigkeit stark verfrüht war und recht wenig begründet ist. Der Zwist ist ja allerdings vorhanden, und er geht nach mancher Richtung bis an die Grenzen persönlicher Feindschaft. Trotzdem zeigen die Socialisten auch diesmal wieder so viel Disciplin, daß sie sich entschlossen sind, für die bevorstehende Reichstagswahl aus besten persönlichen Reibereien keine praktischen Folgen zu ziehen, sondern geschlossen wieder in den Wahlkampf einzutreten. —

An diese Verhältnisse einer enttäuschten Seele schließt sich dann die Rahmung an die bürgerlichen Parteien, angeführt einer solchen Sachlage „alle heimlichen Sonderinteressen und alle Parteigenossenschaft beiseite zu lassen und Mann für Mann geschlossen den Socialisten entgegenzutreten.“ Sollte bei unfern Gegnern die Absicht bestehen, hiermit eine bürgerliche „Sammel“-Aktion für die bevorstehende Reichstags- und Provinzialwahl im Wülhäuser Kreise einzuleiten, so laun das für unfer dortigen Parteigenossen nur ein Ansporn dazu sein, ihren Eifer zu verdoppeln, um dafür Sorge zu tragen, daß wie jene Hoffnung unfer Gegner auf eine Spaltung, so auch die auf eine Niederlage der socialdemokratischen Partei gründlichst getäuscht wird. —

Die religiösen Orden und die ungebildeten Volksschichten. Die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen hat eine Verfügung erlassen, wonach die Bahnbeamten angewiesen werden, den Mitgliedern religiöser Orden besonders Wagenabteile einzuräumen, sie nötigenfalls sogar stundenweise zweiter Klasse fahren zu lassen, damit sie möglichst getrennt seien von den „ungebildeten Bevölkerungsschichten“.

Muß schon dieser Erlass der Generaldirektion höchste Verwunderung erregen, so ist es erst recht unverstänlich, wie ein ultramontaner Blatt wie die „Augsb. Volkszeitg.“ diese Verfügung mit besonderer Gemüthung begrüßen kann. Der Hinweis auf die „ungebildeten Bevölkerungsschichten“ stellt in seiner sonderbaren Verachtung des Volks die prächtigste Aufreizung zum Klassenhaß dar, die sich formulieren ließe.

Etwas Rehnliches ist ja allerdings in Preußen geschehen. Dort hat man die Herren Kadetten der besonderen Fürsorge der Eisenbahnschaffner empfohlen zu müssen geglaubt. Das war zwar schon etwas komisch, aber doch noch einigermaßen verständlich.

Die Herren Kadetten, diese pugigen Krieger an miniatur, pflegen zuweilen an ihren ausgewachsenen Idealen abgequates Benehmen zur Schau zu tragen, dessen Grandezza unwiderstehlich wirkt und die Marschbryonen unter Umständen zum Gegenstand gutmütigen Spotts machen kann. Glauht die bayerische Generaldirektion, die Mitglieder der religiösen Orden etwa aus ähnlichen Gründen dem spottlustigen Auge der „ungebildeten Menge“ entziehen zu müssen? Das wäre eine Auffassung, die für die zu Schützenden einigermassen beleidigend wäre!

Welches aber auch die Gründe der Generaldirektion gewesen sein mögen, jedenfalls werden unfer Genossen im bayerischen Landtag die erste sich bietende Gelegenheit wahrnehmen, um gegen den Versuch zu protestieren, den religiösen Orden das Privileg des Reisens zweiter Klasse gegen Entrichtung des Fahrgeldes dritter Klasse zu verschaffen. Die Bezeichnung der Passagiere 3. Klasse als „ungebildeter“ Elemente wird bei dieser Gelegenheit ebenfalls einer angemessenen Kritik unterzogen werden. —

Verdächtigung. Am Schluß des gestrigen Leitartikels muß es heißen: „Ob Herr Preuß der präcisen Stellungnahme zum allgemeinen Wahlrecht durch Beschränkung der Petition auf die Beschränkung der Klassen- und Einführung der geheimen Wahl auszuweichen suchte oder Herr Cassel offen seine Gegnerschaft erklärte — beide verweigerten.“

Der Schlußsatz der Notiz „Justiz“ muß lauten: „Es ist erstaunlich, mit wie wunderbarer Genialität das Reichsgericht die deutsche Rechtspflege fortzubilden bemüht ist.“

Ausland.

Portugal.

Nochmals die Neutralitätsfrage vor der Deputierten-Kammer. Der republikanische Vertreter von Oporto, Costa, kam am Donnerstag nochmals auf die Beförderung englischer Truppen durch portugiesisches Gebiet auf der Bahnstrecke von Beira nach Amali zu sprechen und erklärte, er habe den Wunsch geäußert, den Minister des

äußern darüber zu interpellieren. Der Minister erwiderte, die Regierung habe bereits über diese Angelegenheit erschöpfende Erklärungen abgegeben. Keine auswärtige Macht habe Einspruch erhoben, nur die südafrikanischen Republiken hätten, wie dies ihr gutes Recht gewesen sei, in sehr forrechter Form Protest eingelegt. Der Minister fügte hinzu, die Regierung werde später durch Vorlegung von Aktenstücken ihre Handlungsweise rechtfertigen, gegenwärtig halte sie es nicht für zweckmäßig, die Frage zu besprechen. Es sei also nicht nötig, eine geheime Sitzung abzuhalten. —

Rußland.

Als selbstloser Freund bietet sich Rußland der Türkei ihrem Konflikt mit Amerika an. Die „Kowoje Bremeja“ bemerkt angeht die Möglichkeit einer amerikanischen Flottenlandung in den türkischen Gewässern an leitender Stelle: Die Flotte könne leicht unerwünschte Repressalien vermeiden, wenn sie die freundschaftliche Vermittlung der europäischen Nachbarstaaten in Anspruch nehme. Auf Grund der letzten Haager Vereinbarungen sei eine freundschaftliche Intervention in dem vorliegenden internationalen Konflikt möglich. Das würde der Friedenssache dienen und die Türkei vor Verwickelungen bewahren.

Wenn sich der Sultan an Väterchen als ehelichen Vatter wendet, kann es ihm natürlich nicht fehlen. —

Afrika.

Die Erhebung der Nihandi greift immer mehr um sich, die Situation wird für die Engländer immer kritischer. Ein Telegramm aus Mera vom 19. April meldet:

Ein Telegramm des Gouverneurs aus Kumassi meldet, daß noch andre Stämme sich empören, und bitten um weitere Hilfstruppen. Die Nihandi haben die treu gebliebenen Belwais angegriffen und 500 derselben getötet. Man befürchtet, daß dies die Belwais zwingen werde, sich dem Aufstand anzuschließen. Die Lage wird für äußerst ernst angesehen. —

Die Kolonialgrenzen im Kongostaat. Zu der gestern bereits telegraphisch gemeldeten Debatte in der belgischen Repräsentantenkammer, speziell zu der Erklärung des Ministers Favereau, möchten wir folgendes bemerken:

Der Minister de Favereau befindet sich formell im Recht, wenn er behauptet, Belgien habe kein Recht, sich in die Verhältnisse des Kongostaats einzumischen, der für Belgien ein fremder Staat sei. Der Kongostaat ist nur durch eine Personalunion mit Belgien verbunden, obgleich König Leopold 1889 Belgien bezüglich des Kongostaats zu seinem Erben eingesetzt hat. Allerdings wurde am 3. Juli 1890 zwischen dem Kongostaat und Belgien ein dahingehender Vertrag abgeschlossen, daß Belgien dem Kongostaat ein unverzinsliches Darlehen von 25 Millionen Francs auf zehn Jahre gewähre, wogegen Belgien das Recht habe, sechs Monate nach Ablauf dieser Periode den Kongostaat zu annektieren. Formell ist also zwar der Kongostaat ein fremder Staat, materiell dagegen ist er eng mit Belgien, dem er früher oder später zufallen wird, verbunden.

Jedenfalls liegt die Frage außerordentlich nahe, ob denn nicht König Leopold als Souverän des Kongostaates alle Veranlassung hätte, einmal eine durchgreifende Umgestaltung der durch und durch korrupten Verhältnisse durchzuführen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der in Brüssel residierenden Centralregierung des Kongostaats würde doch entschieden eine Aenderung der Verhältnisse herbeiführen können. König Leopold sollte sich zu energischem Eingreifen um so mehr verpflichtet halten, als gerade er es gewesen ist, der 1889 die Einladung zum Anti-Sklaverei-Kongress in Brüssel ergehen ließ. Der Kongress, der damals mit großem Geräusch zusammentrat, beriet über die Bekämpfung der Sklaverei, bei der man sich in erster Linie eine Unterstützung durch den Kongostaat versprach. Es gewinnt aber den Anschein, als ob der Kongostaat den von den Arabern betriebenen Handel mit schwarzem Fleisch nur deshalb bekämpft habe, um in der Verklaffung, Ausplünderung und Niedermeglung der Eingeborenen keinen Konkurrenten zu haben.

König Leopold hätte umsonst Ursache, der Schandwirthschaft der eine Verdösterung von zwanzig Millionen Menschen ruinierenden Handelscompagnie entgegenzutreten, als man von ihm selbst als einem der Hauptaktionäre derselben spricht. —

Asien.

Die Hungersnot wächst! Simla, 20. April. (Telegramm des Reuterschen Bureau's.) Die Rot nimmt überall zu, besonders aber in der Präsidentschaft Bombay und in den Madhyaputana-Staaten. Jetzt erkranken etwa 5/6 Mill. Menschen Unterwürfungen.

Amerika.

Der tragikomische Konflikt zwischen Amerika und der Türkei ist noch immer nicht beigelegt. Amerika soll sich im Gegenseit mit der erstlichen Absicht tragen, einen Hafen so lange zu besetzen, bis die 80 000 Dollar erlegt sein werden. Jetzt liegt folgende weitere Meldung vor:

Washington, 19. April. Der türkische Gesandte Ali Ferid Bey machte heute einen Besuch auf dem Staatsdepartement. Wie verlautet, war der Zweck seines Besuchs vornehmlich, sich wegen der Schadenersatzverhandlungen zu erkundigen. Der Gesandte erlernt zwar den großen Ernst der Lage an, hegt aber die Zuversicht, daß die Krisis ohne dauernde Störung der überlieferten guten Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten vorübergehen werde.

Sollte sich denn wirklich niemand finden, der dem bedrängten Sultan die 80 000 Dollars pumpt? —

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen; jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir ersuchen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Kienburg (S. A.) Unterm Schlosse 1.
- Altona, Große Bergstr. 204. I.
- Beuthen (O. S.) Aufschwingerstr. 10.
- Bremen, Osterborst. 26 I.
- Breslau, Messergasse 18/19 I.
- Darmstadt, Einheitsstr. 31.
- Frankfurt a. M., Schurweg 45 I.
- Halle a. S., Geisstr. 21.
- Hannover, Leimstr. 17.
- Hildesheim, Judenstr. 5.
- Jena, Saalbahnhof 8.
- Mannheim, S. 3. 10.
- München, Harthorplatz 6.
- Nürnberg, Egidienplatz 22.
- Posen, Grünstr. 7.
- Stuttgart, Schlingerstr. 17/19.
- Waldenburg, Schl. Löhnerstr. 1.

Berlin, den 20. April 1900.

Der Parteivorstand.
Kreuzbergstr. 30.

Die gewissenlose Dege, die von selten der bürgerlichen Presse aus Anlaß des tragischen Endes unfer Parteigenossen Oertel bestrichen wurde, ist von den anhängigeren Blättern jetzt wohl ein gestellt; einige haben ihr Unrecht mehr oder weniger eingestanden. Nur der freisinnige „Fränk. Kurier“, der Urheber all der Lügen zum „Fall Oertel“, fährt fort, unfer Partei zu beschimpfen. Noch vor wenigen Tagen schrieb das Blatt in seiner Abendausgabe folgende Sätze: „... Und ist der mehrerwähnte Bericht von einem

namentlich bezeichneten Socialdemokraten zugegangen. Wir werden vielleicht auf die Sache noch zurückkommen.“

Gemeint ist der Bericht über eine Versammlung, in der eine Anzahl Parteigenossen angeblich in heftiger Weise auf die Parteileitung geschimpft haben sollten. Nun stellt aber die „Fränkische Tagespost“ fest, daß der „Kurier“-Redaktion schon am Nachmittag desselben Tages bekannt war, daß sie bei der Aufnahme jenes Berichts einem Fälscher ihre Spalten zur Verfügung gestellt hatte. Unser Münchener Partei-Organ giebt über den Vorgang folgende Darstellung. Erst nachdem der Bericht der „Kuriers“ über die Versammlung in den „Drei Königen“ von den Teilnehmern an jener Versammlung allgemein als Schurke bezeichnet worden war, hat es die „Kurier“-Redaktion für der Mühe wert gehalten, den Mann zu sich zu laden, dessen Name als Unterzeichnet unter jenem erwähnten Bericht fälschlich benützt worden war. Es ist das der Name unfer Parteigenossen Precht. Letzterem wurde am Mittwochnachmittag in der „Kurier“-Redaktion, wohin man ihn gebeten, das Manuskript jenes Versammlungsberichts vorgelegt und an ihn die Frage gerichtet, ob er das Manuskript eingeschickt und ob die Unterzeichnung von ihm herrühre. Die letztere lautete:

Mourad Precht

Jannigerstraße Nr. 8.

Bitte meinen Namen nicht zu veröffentlichen.“

Unser Genosse war wie aus den Worten gefaßt. Er stellte sofort die Fälschung fest. Und nachdem das dem „Kurier“ am Nachmittag bekannt geworden, hat er abends noch die Stürze geschrieben, der Bericht sei ihm von einem namentlich bezeichneten Socialdemokraten zugegangen, er werde vielleicht auf die Sache noch zurückkommen.“

Jetzt wird wohl auch der fanatischste Socialistenfresser einsehen, daß sich der „Fall Oertel“ nicht länger gegen die socialdemokratische Partei ausschlagen läßt — oder nicht?

Totenliste der Partei. In Frankfurt a. O. verstarb der Wächermacher Otto Dorisch im Alter von 80 Jahren. Er hinterläßt eine Witwe und drei Kinder. Die dortigen Parteigenossen verlieren in dem Toten einen ihrer tüchtigsten, eifrigsten Förderer des proletarischen Gedankens.

Politisches, Gerichtliches usw.

Verächtlichmachung von Staatsbeamtungen. Sollt sich die Genossen Haber und Linde in Königsberg i. Pr. schuldig gemacht haben und standen deshalb am 19. April vor der dortigen Strafkammer als Angeklagte. Die strafbaren Handlungen sollten durch Veröffentlichung resp. Verbreitung des Kalenders „Ostpreussischer Landbote für 1900“ begangen sein und war Haber als verantwortlicher Redacteur und Verleger und Linde als Verbreiter angeklagt. Von der Anklagebehörde waren fast alle Artikel des Kalenders in ihren einzelnen Teilen als strafbar im Sinne des § 131 erklärt. In der Verhandlung wurde der Kalender fast seinem ganzen Inhalt nach, zur Verlesung gebracht. Nach Schluß der Verlesung wurde beantragt der Staatsanwalt gegen Haber als Verfasser und Verleger des Kalenders eine dreimonatliche Gefängnisstrafe unter der sonderbaren Begründung, daß „der Angeklagte Redacteur eines Blattes sei, welches gewerbsmäßige Beleidigungen schon jahrelang treibt.“ Gegen Linde als den Verbreiter, beantragte er eine einmonatliche Gefängnisstrafe. Auch der Dolus eventualis sollte nach Meinung des Staatsanwalts hierbei zur Anwendung gelangen, denn, so äußerte sich der Vertreter der Anklagebehörde, „obgleich vom Verfasser eine Kollision gegen den § 131 künstlich vermieden wäre, sei doch zu beachten, daß bei dem geringen Bildungsgrad der Leser des Kalenders diese sehr leicht den Eindruck gewinnen könnten, als ob eine Verächtlichmachung und Herabsetzung der Staatsregierung und ihrer Handlungen beabsichtigt sei!“ Dem Verteidiger beider Angeklagten, Herrn Rechtsanwält Haase, war es ein leichtes, aus dem Inhalt des Kalenders den Vorwurf der intrinsischen Sätze als absolut straflos zu beweisen. Er plädierte für Freisprechung der Angeklagten und Aufhebung der Beschlagnahme des Kalenders. Nach einer zweifelhafte Verurteilung des Gerichtshofs, wurden die Angeklagten, dem Antrag des Verteidigers entsprechend, von Strafe und Kosten freigesprochen und die Beschlagnahme des Kalenders aufgehoben. Zu bemerken ist noch dabei, daß gegen eine ganze Reihe von Parteigenossen in der Provinz Ostpreußen Anklage wegen Verbreitung dieses Kalenders gestellt ist.

Aus der Frauenbewegung.

Bei der Gewerbe-Inspektion in Düsseldorf ist, wie die Düsseldorf „Bürgerzeitung“ zu melden weiß, nun ebenfalls eine Assistentin angestellt worden. Es ist ein Fräulein Schläpfer aus Ratingen; sie hat ihren Wohnsitz in Gladbach zugezogen erhalten und wird ihren Wirkungsbereich hauptsächlich in die Textilmfabriken verlegen.

Bei der Anstellung der Assistentinnen ist, wie es scheint, auf das peinlichste vermieden worden, Frauen aus der Arbeiterinnenbewegung, sei es der politischen oder gewerkschaftlichen, mit heranzuziehen. Wie uns von wohlunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist das für Berlin angestellte Fräulein Reichert in den Kreisen der organisierten Arbeiterinnen vollkommen unbekannt. Dasselbe dürfte für die oben genannte Dame zutreffen. Und doch waren es außer der socialdemokratischen Partei vor allem die organisierten Arbeiterinnen, welche seit langem und mit Nachdruck die jetzt endlich durchgeführte Reform forderten. Nun, die Arbeiterinnen werden trotzdem nicht verfehlen, den angestellten Damen ihre Beschwerden vorzubringen und sie in ihrem Amte zu unterstützen. An den Assistentinnen wird es liegen, sich das Vertrauen der Arbeiterinnen zu gewinnen.

Ueber die Frauennutzwang in der Armenpflege hat die Bremer Bürgerzeitung in den letzten Jahren mehrfach berichtet. Der Bürgerzeitung hat eine Vorlage, die diese Mitwirkung gesetzlich regelt, vorgelegen. Die Vorlage enthält infolgedessen eine Verbesserung, als auf Antrag der socialdemokratischen Fraktion die Mitwirkung der Frauen im Vorstand und in den Bezirksversammlungen der Armenpflege aus der bloß beratenden in die stimmberichtigte umgewandelt wurde. Der Senatskommissar stimmte diesem Antrag zu.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Lohnbewegung der Dachdecker zieht immer weitete Kreise in Mitleidenschaft und scheint große Dimensionen annehmen zu wollen. In einer am 12. d. M. stattgefundenen allgemeinen Meisterversammlung wurde einstimmig beschlossen: „Wenn am 18. April in der gesperrten Firma die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, sind sämtliche Dachdecker Berlins auszusperren. Dieser Beschluß wurde von 69 Meistern unterschrieben. Bis jetzt hat man aber von der Ausführung dieses Beschlusses nichts gehört. Aus Herr Vire sperrte seine 9 Arbeiter am Oster-Feiertagabend nur mit der lakonischen Bemerkung: „Ich will Euch erst lehren, Hungerpoten laugen.“ Sämtliche ausgesperrten sind organisiert. In der öffentlichen Dachdeckerversammlung vom 18. April wurde nach dem Bericht der Lohnkommission beschlossen, an der bisherigen Taktik festzuhalten, unbeschämmt um die Beschlüsse, die jene Herren unter sich faßen und nachher doch nicht halten könnten. Es ist diesmal ein Geist und ein Mut zum Ausstehen bis zum äußersten unter den Ausständigen, wie noch in keiner Lohnbewegung zuvor.

Deutsches Reich.

Ein Kartellvertrag ist zwischen dem Metallarbeiter-Verband und dem Centralverband der Former zu stande gekommen. Diese beiden Organisationen, zwischen denen mancherlei Reibungen bestanden haben, werden in Zukunft bei Streiks, Ausperrungen usw. zusammengehen. Bezüglich des Uebertretens von Einzelpersonen und Verwaltungsstellen in den einen oder

andern Verband sind Bestimmungen getroffen, durch die Mithimmung verhindert werden dürfen. Das Sammelwesen, die Agitation und das Verhalten der Presse ist ebenfalls geregelt. — Es ist zu hoffen, daß die Annäherung früher oder später eine vollständige Verschmelzung der beiden Brudervereine zur Folge habe.

Aus Posen wird uns berichtet: Wie bei den Schuhmachern, so wurden auch am Dienstag, den 17. d. M., bei den Schneidern die weiblichen Mitglieder aus der Versammlung der Jährlinge ausgeschlossen. Trotzdem das Mitgliederverzeichnis bei der Polizeibehörde eingereicht ist, erlauben sich die Beamten solche Uebergriffe. Beschwerde ist selbstverständlich eingereicht.

Der Materstreik in Lübeck ist zu Gunsten der Gehilfen beendet.

Achtung, Glasarbeiter! Auf den H. Heischen Werken in Rieburg a. B. sind wegen Maßregelungen Differenzen ausgebrochen. Zugang ist strengstens fernzuhalten. Die Lokalverwaltung.

Die Stuccatoren und Plasterer in Düsseldorf befinden sich seit dem 17. d. Mts. im Ausstand und bitten den Zugang fern zu halten.

Die Klempner und Installateure in Düsseldorf sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben den Meistern einen Lohnsatz vorgelegt, wonach die Arbeitszeit von 7—1/2 Uhr dauern soll, mit 1/2 Stunden Zeit für Mittagruhe und je 1/4 Stunde für Frühstück und Vesperpause. Für Ueberstunden bis 7 Uhr abends verlangen die Leute 30 Proz., für Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag zum Lohn, im übrigen 3,50 M. Mindestlohn für Gehilfen, deren Lehrgeld noch keine zwei Jahre zurückdatiert, für selbständige Arbeiter einen Lohn von 4,50 M.

Neue Gewerkschaftsgründungen. Aus Bochum wird uns geschrieben: Im Bummrevier rauf man sich jetzt förmlich um die dortigen Bergleute. Kaum hat A. Prust vom christlichen Gewerksverein (Essen) dort unter mancherlei Schwierigkeiten etwas Fuß gefaßt, so ist ihm schon ein neuer Gegner erwachsen, und noch dazu unter den Gesinnungsgenossen, die im Niederschleinischen Textilarbeiter-Verband dominieren. Die Herren sind zur Gründung eines christlich-socialen Bergarbeiter-Verbands für das Bummrevier geschritten und haben, wie nicht anders zu erwarten, auch einige hundert Mann „geangelt“. Die Leute vom „alten“ Verband erhalten in ihren Versammlungen nicht das Wort, wohl aber A. Prust vom Gewerksverein, der natürlich für denselben Propaganda zu machen sucht. Jedenfalls wird es den feindlichen Brüdern nicht gelingen, den „alten“ Verband im Bummrevier „totzumachen“.

Die Aussperrung der Tüttlinger Schuhmacher dauert fort. Eine Privatdepesche aus Tüttlingen meldet uns: Die Fabrikanten suchen die Arbeiter zu lockern; bürgerliche Blätter berichten fälschlicherweise, der Kampf sei beendet. Der Zugang ist nach wie vor streng fern zu halten.

Ausland.

Die vereinigten dänischen Fachvereine hielten ihre erste große Delegiertenversammlung in Kopenhagen ab. Anwesend sind auch Repräsentanten der schwedischen Landesorganisation und der norwegischen Fachvereine. Die Vereinigung aller dänischen Fachvereine besteht erst zwei Jahre und hat doch bereits große Erfolge erzielt. Der Zusammenschluß hat sich namentlich als mächtige Waffe bei dem Angriff des Arbeitgeber-Bereichs erwiesen. Vertreten sind 40 Fachverbände und 26 Fachvereine mit 70 807 Mitgliedern, im ganzen sind dem Centralverband 83 110 Mitglieder von 42 Fachverbänden und 28 Einzelvereinen angeschlossen. Die größte Organisation ist die der „Arbeitsmänner“, welche gegen 30 000 Mitglieder zählt. Außerhalb der „Vereinigten Fachvereine“ gibt es noch 13 300 organisierte Fachvereine-Mitglieder (Beamten, Pharmaceuten, Handlungsgehilfen etc.), die noch nicht entwickelt genug sind, sich der großen Organisation anzuschließen. Das wichtigste ist aber, daß die große Aussperrung den Erfolg gehabt hat, daß die Regierung ein Gesetz betreffend Einsetzung eines Schiedsgerichts bei Arbeitsstreitigkeiten zur Einführung gebracht hat, in dem der Centralverband der Fachvereine als die Verhandlungsinstanz der Arbeiter anerkannt wird. Im übrigen wurden Statutenänderungen beraten und angenommen.

Ueber Arbeiter-Ausstände in Spanien wird berichtet: Bei Santander feiern 8000 Grubenarbeiter, in Barcelona und Bilbao sämtliche Bediensteten der elektrischen Straßenbahnen und Omnibusse, in Madrid die Glas- und Bleiarbeiter, sowie die Wagenarbeiter, in Valencia die Gerber, in Gijon die Steindrucker.

Sociales.

Ungarische Landarbeiter in Deutschland.

Auf der Suche nach billigen Arbeitskräften sind unsere Agrarier auch nach Ungarn geraten. Unser Wudaposter Parteiblatt brachte schon anfangs des Jahres die Mitteilung, daß Agenten in der Bacska herumreisen und mit dortigen Landarbeitern unter der Vorpiegelung herrlicher Zustände Verträge abschließen, im Sommer nach Rußland und andern Gegenden Deutschlands zu Ernte-Arbeiten zu gehen. Die ungarischen Landarbeiter scheinen aber auf einer höheren Kulturstufe zu stehen, als wie deutsche Agrarier ihre Arbeiter zu halten gewohnt sind. Und wird aus der Bacska folgender Brief zur Verfügung gestellt, den ein schon jetzt nach Hesse gekommener Ungar an seine Angehörigen in der Heimat gerichtet hat:

Wienhausen, den 8. April 1900.

Mein lieber Bruder Peter!

Ich wollte, ich wäre zu Hause geblieben. Hier ist's nicht so schön als wir glaubten. Du weißt, ich habe zu Hause als guter Arbeiter gegolten, aber die Arbeit hier hält keiner aus; die jüdischen Gutspächter mit ihren Beamten bei uns in Ungarn sind wahre Engel gegen die gewissenlosen Antreiber dahier, und die Behandlung, die man hier einem zu teil werden läßt, weitest mit der Behandlung, die einem bei uns zu Hause nur von der Gendarmerie zu teil wird. Und dann die Kost! Lieber Peter, wir haben oft zu Hause gehungert, aber hier ist's noch ärger. Nichts als Kartoffeln giebt's hier für uns Arbeiter, die ohne Fett verschlungen werden. Bei solcher Arbeit diese Kost, ist schwer anzuhalten. Und die jetzt ist's noch gut. Bei der Ernte, erzählen uns die Leute hier, soll's erst recht lustig zugehen, da giebt's keinen Tag und keine Nacht; wahrlich, jetzt wissen wir, daß es denn doch nicht am ärgsten ist in Ungarn. Wir hoffen dennoch hier auszuhalten, weil wir die 200 Gulden, die wir auf dem Hause schuldig sind, im Winter zahlen wollen. Aber zum zweitenmal gehen wir nicht mehr hierher, vielleicht ist's in einer andern Gegend besser. Mein Weib weint immer, auch sie bereut, daß wir hierher gegangen. Wir grüßen Dich und Dein Weib, den Johann und alle Bekannte.

Dein Bruder

Josef.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch im Schützenhaus seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Ableben des Mitgliedes Gänther und Genossen Oetel durch Erheben von den Plätzen. Den Bericht des Vorstandes erstattete Genosse M. u. a. Nach demselben fanden im letzten Quartal drei Vereinsversammlungen und für die fünf Abteilungen vierzehn Sitzungen statt. Bemängelt wurde vom Redner die nicht genügende Beteiligung an den Zusammenkünften, die doch dazu angethan seien, die Genossen zusammenzuführen. Die Mitgliederzahl beträgt 596. Hierbei wurde verschiedentlich das unregelmäßige Zahlen der Beiträge gerügt. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, soll in Folge energischer und planmäßiger Verfahren werden. Die diesbezüglichen Anträge wurden vorläufig zurück-

gestellt, um unter Vereinsangelegenheiten erledigt zu werden. Nach dem Kassenbericht, den Genosse K o h l e gab, betrug die Einnahme einschließlich des alten Bestands 774,80 M., die Ausgabe — darunter 200 M. für Agitation an den Vertrauensmann — 372,20 M., so daß ein Bestand von 402,60 M. verbleibt. Die Revisoren beklagten die Wichtigkeit des Vorstehenden und beantragten Decharge für den Kassierer, die einstimmig erteilt wird. Die Neuwahlen für den Vorstand ergaben folgendes Resultat: Erster Vorsitzender J i g e w i j, zweiter S c h r o l l e; erster Kassierer L i e p m a n n, zweiter S o n d e; erster Schriftführer B a r t k e, zweiter G ä r t n e r. Als Abteilungsführer wurden ernannt: 1. W i l l n e r, 2. K e l l e r, 3. K l e i n, 4. D o l d und 5. H o r s c h. Das Amt der Revisoren wurde K o h n e, M e i e r und H e r z e r übertragen. Unter Vereinsangelegenheiten lag ein Antrag der Revisoren vor, dem Kassierer für seine Mißverwaltung 20 M. Entschädigung zu betragen. Nach kurzer Debatte, in der auch der Kassierer sich gegen den Antrag aussprach, lehnte die Versammlung aus taktischen Gründen dies ab. Da die Zeit bedeutend vorgeht, wurden eine Anzahl vorliegender Anträge, hervorgegangen aus der Debatte über den Bericht des Vorstandes, Kassierers und der Revisoren, zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung in der nächsten Versammlung zurückgestellt und die Versammlung geschlossen.

Eine Parteiversammlung des sechsten Wahlkreises fand am Donnerstag im Kösliner Hof statt. Die Vertrauensleute erstatteten den Rechenschaftsbericht für die Zeit vom Oktober v. J. bis Ende März d. J. K a s i k e, Vertrauensmann für Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt, hatte eine Einnahme von 5371,69 M., wovon 3650 M. an die Parteikasse abgeliefert sind. Der Vertrauensmann für die Schönhauser Vorstadt, Genosse W i n s c h, hat eine Einnahme von 4550 M. erzielt und 4000 M. an die Parteikasse abgeliefert. F a r r, Vertrauensmann für Moabit, hat 4355,02 M. eingenommen, wovon 1988,77 M. der Parteikasse abgeliefert sind. E r n s t, Vertrauensmann für den Wedding, hatte eine Einnahme von 6445,98 M., davon erhielt die Parteikasse 5950 M. — Die Stadtverordneten-Wahlen verursachten im ganzen Wahlkreise eine Ausgabe von 4511,08 M., so daß deshalb die Ueberlässe für die Parteikasse entsprechend geringer ausgefallen sind. — Auf Antrag der Revisoren wurden die Vertrauensleute entlastet.

Hieran nahm Genosse L i e b k n e c h t das Wort zu einem Vortrage über das Thema: Kapitalismus und Sozialismus. Der Redner führte im Hinblick auf die Vorgänge der neueren Zeit aus, daß die politischen Parteien infolge der kapitalistischen Entwicklung in wirtschaftliche Interessengruppen auflösen: Eine Umwandlung, die der von Karl Marx gelehrten materialistischen Auffassung durchaus entspricht und dahin geht, daß sich in letzter Linie nur noch zwei große Interessengruppen: Besitzende und Besitzlose — Bourgeoisie und Proletariat — gegenüberstehen. Während die Klasse der Besitzenden die Pflege des „Ich“ auf Kosten der Gesamtheit zum Ziel hat, kämpft das in der Socialdemokratie organisierte Proletariat für die Interessen der Allgemeinheit. Diesen Kampf zu unterstützen durch Anknüpfung an die Organisation der Socialdemokratie — so schloß der Redner — ist die Pflicht eines jeden Proletariats. Nur die Socialdemokratie bietet die Möglichkeit einer Herbeiführung gesunder Zustände. — Da sich niemand zur Diskussion meldete, so hatte die Versammlung hiermit ihr Ende erreicht.

Eine gut besuchte Versammlung der Tabakarbeiter fand am Dienstagvormittag bei Römami, Brunnstr. 188, statt. Frau Emma J h r e r hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die neuesten Erhebungen, betreffend die Lage der Tabakarbeiter und besonders der Arbeiterinnen. Der Vortrag ging auf die Aufforderung, durch festen Zusammenhalt aller Arbeiter und besonders auch der Arbeiterinnen, dahin zu streben, diesen jammervollen Zuständen ein Ende zu bereiten. Eine dementsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung fand die Rechnungslegung der Kommission statt und wurde derselben Decharge erteilt. Bei Punkt 3: Stellungnahme zur Waiserei, wurde nach kurzer Diskussion eine Resolution dahingehend angenommen, den 1. Mai im Zusammenhang mit den Arbeitern und Arbeiterinnen der Nahrungs- und Genussmittel-Branche, wie in den Vorjahren, durch Sonntags-Versammlung bei Pfeffer, Weberstraße 17, und durch Ruhestatten der Arbeit, wo es anging, zu feiern. Ferner beschloß die Versammlung, sich der Petition an den Reichstag seitens des Arbeitervereins-Vereins: Abänderungen des Invalidenversicherungs-Gesetzes betreffend, anzuschließen.

Kunnehr erhielten die Delegierten der sich im Streik befindenden Tabakarbeiter von Finsterwalde das Wort. Dieselben führten aus, daß die Tabakarbeiter dort sich schon seit Februar mit ihren Forderungen an die Fabrikanten gewandt, daß die Zustände dort jeder Beschreibung spotten, die Löhne so minimal seien, seit Jahrzehnten immer dieselben geblieben, während alle Lebensbedürfnisse, die Wohnungsmieten etc. gewaltige Steigerungen erfahren haben, daß in allen Orten mit ähnlichen Verhältnissen weit höhere Löhne gezahlt würden. Sie hätten nun eine Kommission beauftragt, den Fabrikanten folgende Vorschläge zu unterbreiten: Ein Minimallohn für Rollen von 4,50 M.; für Waidemacher 2,25; für schwere Jocons für Rollen 50 Pf. bis 1 M., für Waidel 25 Pf. Zuschlag. Ferner wurde die Kommission beauftragt, betreffs der Mißstände bei den Herren vorstellig zu werden. So sei es uns, daß die Arbeiterinnen vor Sonn- und Festtagen die Arbeitsräume säubern und die Fenster putzen müssen, daß sie ferner Wasser und Feuer holen und Feuer amachen müssen, ohne dafür Entschädigung zu erhalten; daß auch mit der Feuerung derart gespart würde, daß in einzelnen Fabriken bei 6—9 Grad Wärme gearbeitet werden müßte, während doch 15 Grad bei der sitzenden Arbeit und dem feuchten Material unerlässlich wäre. Auch in sanitärer Beziehung herrschten Mißstände größtenteils durch fehlende Ventilation der Arbeitsräume, durch Trockenheit der Einlage in den Arbeitsräumen, welches doch direkt gegen die bundesrätlichen Vorschriften verstößt usw.

Die Fabrikanten verweigerten durch Anschlag in den Fabriken sämtliche Forderungen und lehnten auch die Verhandlungen mit einer zu diesem Zweck gewählten Kommission ab. Am 14. April wurde aus diesem Grunde in 63 Fabriken mit über 800 Arbeitern und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Die noch hier am Platz befindlichen Fabriken, 12 an der Zahl, haben bereits die Forderungen bewilligt. Von seiten des Vorstandes des Verbands ist die Zustimmung des Ausschusses und Vorstands zugesagt und ebenso auch von der Verbandsleitung des Gewerksvereins (Düsch-Dunder). Aber trotzdem müssen wir uns an die Allgemeinheit wenden, da ein ziemlicher Teil nicht organisiert und auch teils nicht vollberechtigt ist. In der folgenden Diskussion wurde von den nachfolgenden Rednern die Notwendigkeit betont, durch thätige Unterstützung die Kollegen von Finsterwalde in den Stand zu setzen, ihre Forderungen zur Durchführung zu bringen, umso mehr, als die Finsterwalder Fabrikanten ihre Ware zum größten Teil nach Berlin schicken und durch ihre Reisenden die sämtlichen Gastwirte, Restaurateure und Schankwirte besucht werden. Es sei Pflicht der gesamten Arbeitererschaft Berlins, auf diese Gastwirte einen Druck auszuüben, damit dieser Konkurrenz, die auch auf die Löhne der Berliner Arbeiter einen großen Einfluß ausüben, ein Ende bereitet werde. Die Kommission wurde beauftragt, durch schnelle Ausgabe von Sammellisten, durch sofortige Absendung von dem vorhandenen Vorbestand, durch einen Antrag an die Gewerkschaftskommission, auch die andern Arbeiter von Berlin für diese Sache in Anspruch zu nehmen.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 10. April seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Kollegen Steinle, Ulfes und Gutschke ersuchen um Abrechnung der verschiedenen Listen. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Sadarsky wird in üblicher Weise geehrt.

Kollege Sausmikat teilt mit, daß bei dem Streik der Getreidebrücker die Kollegen B. Jordan, E. Lang, Leo Taubh, C. Stodow und Mittag Streikbrecher geworden sind. Hierauf giebt Kollege Rein den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen im 1. Quartal 5129,44 M., darunter 579 Aufnahmen und 23 836 Wochenbeiträge. Ausgaben 4771,01 M., darunter Kranken- und Sterbebeihilfe 800 M., Streikunterstützung 579,45 M. Der Ueberfluß im 1. Quartal ist 358,43 M. Kassenbestand am 1. April 1900 6340,12 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Steinle giebt nunmehr den Bericht über den Arbeitsnachweis für das 1. Quartal 1900. Es wurden gemeldet insgesamt 315 Stellen; von Unternehmern 254 Stellen, von Mitgliedern 61; hiervon konnten 124 Stellen für fest und 74 zur Ausfülle besetzt werden. Nicht zu besetzen waren 117 Stellen. Die Gründe hierfür waren folgende: In 30 Fällen waren keine passenden Kräfte vorhanden; zu spät wurden 10 Stellen gemeldet; falsch gemeldet wurde 5 mal. 19 Arbeitsuchenden sollte später eine Antwort zu teil werden; wegen zu niedriger Löhne oder zu langer Arbeitszeit mußten 28 Stellen abgewiesen werden. Für die übrigen 25 Stellen waren verschiedene Gründe maßgebend, z. B. es fehlten Arbeiter, Bodenarbeiter, Laufburschen oder weil in Kost und Logis. Der von den Unternehmern angebotene Lohn betrug im Höchsthalle 24 M., der niedrigste 15 M., zumeist 18 bis 20 M. Die längste Arbeitszeit betrug 15 Stunden, die kürzeste wurde mit 8 1/2 Stunden angegeben. Die Pausen betragen zumeist 1 bis 2 Stunden. In 43 Fällen war Sonntagsarbeit angegeben und zwar sollte 23 mal 2 oder 3 Stunden und 21 mal 5 Stunden oder auch länger gearbeitet werden.

Eine Ertragsbegünstigung für die Sonntagsarbeit oder die Ueberstunden wurde nur in sehr wenigen Fällen bejaht. Stellungslos meldeten sich in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 247 Kollegen, davon gingen in Stellung 215 Kollegen und zwar zur Ausfülle 81 und für fest 184 Kollegen. Die längste Arbeitslosigkeit betrug 7 Wochen, die kürzeste einen halben Tag, zumeist aber 2—3 Wochen. Zur Zeit sind 38 Kollegen als arbeitslos gemeldet. Bei der Ertragswahl zum Vorstand wird für den Vesten Schmidt und für Moabit Neutel gewählt. Albold bringt eine Resolution ein, in welcher verlangt wird, eine Kommission zu wählen, welche gemeinsam mit dem Centralverband die Einigung beider Organisationen herbeiführen soll, ferner verlangt, daß die Wahlen in der letzten Generalversammlung zur Berufskonferenz lauffert werden. Rein erklärt dies alles für unträge, die nicht ordnungsmäßig eingebracht seien, und beantragt infolgedessen Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag Rein wird angenommen. K r i d o w beantragt im Namen der Ritzdorfer Kollegen, ihnen für die Berufskonferenz einen Delegierten zu bewilligen. Kubat fordert im Namen der Blumen- und Blätterarbeiter gleichfalls einen Delegierten. Die Generalversammlung stimmt dem zu und wird für Ritzdorf Mohr, für die Blumen- und Blätterarbeiter Kubat gewählt. Die Kosten der Delegation trägt der Verband. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wird die Generalversammlung geschlossen.

Die Möbelpollerer, Jüdische Norden, hielten am 9. d. M. bei Diede Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder K ö n e r und H e r t i g in der üblichen Weise. Sodann hielt K e u t e r einen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Der Krieg.

Während in den letzten Tagen keinerlei Zusammenstöße gemeldet wurden, wird gegenwärtig wieder von Gefechten berichtet, über deren Tragweite jedoch kein Urteil möglich ist. Ein Telegramm aus Bloemfontein lautet:

Ein Jung mit Verwundeten aus Glen ist eingetroffen. Bei Karree Siding Station, etwa sechs Meilen nördlich von Glen, wird heftig gekämpft. Englische Infanterie steht dort in starker Position auf einem mächtigen Damme, von Artillerie unterstützt. Die Städte der Boeren ist noch nicht ermittelt.

Die genannten Orte liegen etwa 30 Kilometer nördlich von Bloemfontein, wahren von den Truppen Roberts' also in einem Tagemarsch un schwer zu erreichen. Sollte Roberts' trotzdem noch in seiner Unthätigkeit verharren, so wäre das ein Beweis dafür, daß die Berichte, die behaupten, die Truppen bei Bloemfontein hätten nunmehr ihre Aktionsfähigkeit wieder erlangt, der Wahrheit nicht entsprechen. Der „Daily Chronicle“ Korrespondent telegraphierte nämlich aus Bloemfontein: „Wir haben drei Tage Regen gehabt, und der Rodder hat Hochwasser. Die nötigen Pferde und Ausrüstungsgegenstände sind eingetroffen.“ Alle Infanterie-Divisionen haben jetzt feste. Der Feind in der nächsten Umgebung ist ruhig, beide Seiten rüsten stetig für den bevorstehenden Kampf. Lord Roberts' ist jetzt bereit. Die Typhus-Epidemie läßt nach.“ Ein „Morning Post“-Telegramm erwähnt, in Bloemfontein sei die Luft voller Friedensgerüche, und eine Kapstädter Meldung behauptet, falls die Boeren einen neuen Schlag erhielten, würde Krüger den Widerstand aufgeben.

Die Belagerung von Wepener

dauert fort. Nach Berichten der „Daily News“ vom 16. begannen die Boeren Forts zu bauen. 4 Kanonen hatten sie bereits montiert. Nach Mitteilung von Voerensteit beträgt die Zahl der Boeren-Streitkräfte 8—10 000 Mann, eine wohl übertriebene Angabe.

Von weiteren Nachrichten registrierten wir nur die folgenden: K i w a l K o r t h. Die Telegraphenlinie nach Ladysmith, über welche der telegraphische Verkehr nach Nataland geht, ist unterbrochen. — General Prabant hat den Landdrosten von Rouzvill Debeer, sowie den früheren Landdrosten Hoffmann verhaftet. — 259 Boeren unter dem Kommandanten Odendard, die beim Einrücken des Generals Prabant in der Richtung auf Smithfield entkommen, sind nach Wepener marschirt. — Der Hauptlanddrost in Smithfield ist von den Boeren gefangen genommen worden. — Der holländische Nachrichtenendienst ist durch schwere Regengüsse unmöglich gemacht. —

Ein starkes Kommando wurde bei Thabanqu auf dem Marsche nach Norden gesehen. Es kam nur langsam vorwärts, weil die Wege infolge schwerer Regengüsse in schlechtem Zustand sind.

Lezte Meldungen.

London, 20. April. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Grandfort vom 19. April gemeldet: General Delarey lehnte gestern nach seinem Lager zurück von einer Neorganisation, die er mit einer größeren Truppenabteilung östlich der Eisenbahn bis zum Modderriver ausgeführt hatte. Er stieß nur auf einige Vorposten und sah Befestigungswerke der Engländer längs den Hügel.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 30. April. (S. G.) Wie die „Dredd. N. Nachrichten“ melden, sind in der vergangenen Nacht bei dem Gutbesitzer Wölfler in Reinhardtgrünna Einbrecher eingedrungen und haben die keinsliche Ehefrau und deren Tochter überfallen. Der Ehefrau wurde mittels eines Rasiermessers die Kehle durchgeschnitten, sie starb nach einer halben Stunde. Die Mörder haben viel geraubt und sind entkommen.

Dresden, 30. April. (S. L. S.) Amlich wird gemeldet: Der Verkehr am Elbquai Dresden-Reustadt ist heute wieder aufgenommen worden. Der Verkehr mit dem Elbquai Dresden-Alstadt und Riesa ist noch eingestellt.

Paris, 20. April. (S. L. S.) Auf die **Goldigungsdepesche** der deutschen Aussteller und der deutschen Kolonie an Se. Majestät den Kaiser ist an den Reichskommissar Richter folgende Antwort gelangt: Se. Majestät der Kaiser und Königin haben den Goldigungsgruß der deutschen Aussteller und der deutschen Kolonie huldvoll entgegengenommen und lassen vielmals danken. Se. Majestät freuen allerhöchst sich über die würdige Vertretung der deutschen Intelligenz und Arbeitamkeit, und wünschen den Ausstellern einen guten Erfolg. Auf Allerhöchsten Befehl: v. L u c a n o, Geh. Kabinetsekret.

Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbands.

Rürnberg, 19. April 1900.

Die Verhandlungen begannen mit der Wahl zweier Kommissionen, die die Anträge zum Statut und Streikreglement zu beraten haben. Alle Anträge zur Presse wurden abgelehnt und sodann zum Punkt 5 der Tagesordnung: der Arbeitslosen-Unterstützung, übergegangen.

Der Korreferent sucht an der Hand einer statistischen Erhebung in Hamburg den Nachweis zu führen, daß die Arbeitslosen-Unterstützung eine Erhöhung des Wochenbeitrags von 33 Pf. erfordern würde, wenn die Sätze gezahlt werden sollten, die der Vorstand empfiehlt.

In der Diskussion gab der Vertreter der österreichischen Holzarbeiter, Skaret, seine Erfahrung über die Einführung dieses Unterstützungszweiges zum besten. Er empfiehlt die Annahme des Antrags dringend, da seine Organisation nur gute Erfahrungen gemacht habe.

Achte Generalversammlung des Verbands deutscher Schuhmacher.

Magdeburg, den 19. April.

Zweiter Verhandlungstag.

Zunächst wird die Debatte über die Lohnbewegungen und Streiks fortgesetzt.

Herrmann-Wein warnt vor dem Versuch, die wirtschaftlichen Kämpfe zu reglementieren. Er empfiehlt, es den an den einzelnen Orten bestehenden Agitationskomitees zur Pflicht zu machen, bei Differenzen sofort einzugreifen.

So d. Gotha hat Erfahrungen genug gesammelt im Laufe seiner Vermittlerthätigkeit bei Streiks. Andre Gewerkschaften haben ein viel schärferes Streikreglement als die Schuhmacher und führen es auch durch. Trotzdem sind sie vorwärts gekommen mit ihrer Organisation.

Nach weiterer Debatte erhält Reuß-Kürnberg vom Centralvorstand das Schlusswort. Er weist die gegen den Hauptvorstand erhobenen Angriffe zurück. Seit der Mainzer Generalversammlung habe das Streikreglement eine zweijährige Probezeit gut bestanden.

Die meisten Anträge werden abgelehnt. Annahme findet folgender von Böhle-Strahburg gestellter Antrag. Danach lautet der § 3 folgendermaßen:

Verwaltung bzw. des Vertrauensmanns zur Beratung zusammen. Die örtlichen Mitgliedschaften haben in geheimer Abstimmung festzustellen, ob in den Ausnahmefällen eingetreten werden soll.

Das Resultat der Beratung ist dem Vorstand und der Agitationskommission sofort mitzuteilen. Für den Vorstand beizufügen ist zugleich der genau ausgefüllte Streikfragebogen II.

Abgelehnt werden alle Anträge, welche die einzelnen Mitgliedschaften entbinden wollen von der Vorkaufs-, geplante Streiks dem Vorstand zur Genehmigung zu unterbreiten, oder welche den örtlichen Agitationskommissionen einen größeren Einfluß bei Verhängung von Streiks einräumen wollen.

Der Vorstand beantragt, dem Streikreglement folgenden Zusatz zu geben:

Entsprechend den Verhältnissen ist der Vorstand berechtigt, einen mehrwöchentlichen allgemeinen Extrabeitrag und zwar von männlichen Mitgliedern 20 Pf., von weiblichen Mitgliedern 10 Pf. pro Woche zu erheben. Dieser Beitrag ist unverzüglich dem Streikfonds zuzuführen.

Der Antrag wird von Rynast-Kürnberg, Mitglied des Hauptvorstands, begründet. (Wittlugspause.)

Nachmittags-Sitzung.

Von der Generalkommission der Gewerkschaften ist Regien-Hamburg erschienen. Es wird fortgesetzt in der abgebrochenen Beratung. Nach längerer Diskussion wird der Antrag des Hauptvorstands abgelehnt.

Angenommen wird dagegen ein Antrag des Hauptvorstands, nach welchem an Nichtmitgliedern und solche, die erst während eines Streiks oder einer Aussperrung die Mitgliedschaft erwerben, keine Unterstützung gezahlt werden soll; außerdem findet ein Antrag Annahme, der die Zahlstellen verpflichtet, wenn der Streikfonds nicht genügend Mittel aufweist, alle zwei Monat Sammellisten anzugeben, deren voller Ertrag dem Streikfonds zuzuführen soll.

Weiter wird nach reger Debatte beschlossen, dem Vorstand, wenn bei Streiks die vorhandenen Mittel voraussichtlich nicht ausreichen, das Recht zu geben, eine Kürzung der Streik-Unterstützung vorzunehmen.

Die Streikunterstützung wird folgendermaßen geregelt: Die vollberechtigten Mitglieder erhalten bei genehmigten Streiks 10 M., die weiblichen Mitglieder 8 M., für jedes Kind 75 Pf. pro Woche. Männliche jugendliche Personen erhalten pro Woche 4 M., weibliche 3 M. Die nichtvollberechtigten Mitglieder erhalten pro Woche 3 M. weniger.

Der Rest der Verhandlungen dreht sich um die Verhältnisse in der deutschen Schuhfabrik.

Kommunales.

Die städtische Schuldeputation hat mit Genehmigung des Magistrats und des Provinzial-Schulkollegiums festgesetzt, daß die Sommerferien an den Gemeindeschulen in diesem Jahr mit den Ferien der höheren Lehranstalten zeitlich zusammenfallen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat zur Beratung dieser Angelegenheit einen Ausschuss eingesetzt, welchem Genosse Singer folgenden Antrag unterbreitet hat:

Der Ausschuss wolle der Versammlung folgenden Beschlusses empfehlen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Lage und ermahnt den Magistrat, die städtische Schuldeputation anzuweisen, Vorkehrungen zu treffen, durch welche es den Schülern — Knaben und Mädchen — der Gemeindeschulen ermöglicht wird, während der diesjährigen Sommerferien unter Führung und Aufsicht geeigneter Personen Erholung im Freien (Aussflüge in die Umgegend, Jugendspiele auf den Schulhöfen und in den städtischen Parks usw.) zu genießen.

Wegen der hierzu erforderlichen Mittel scheidet die Versammlung einer Vorlage entgegen.

Die Direktion der direkten Steuern beabsichtigt ein neues Dienstgebäude zu errichten und dazu ein zwischen der Stadtbahn und der Neuen Friedrichstraße belegenes städtisches Grundstück in Aussicht genommen. Dieses Grundstück wird jedoch durch einen in der Verlängerung der Wagazinstraße projektierten Strazenzug durchschnitten und hätte infolgedessen die Steuerverwaltung an den Magistrat das Grundstück gerichtet, im Interesse der Verarbeitbarkeit des Grundstücks in die Aufhebung der festgesetzten Fluchtlinie zu willigen, da andernfalls das Dienstgebäude nach dem Ostbahnhof verlegt werden müßte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Mariendorf-Tempelhof. Die Gemeindevahlen sind vorüber und die Erfolge unklar. Sind wir auch nicht in den beiden in Betracht kommenden Orten als Sieger hervorgegangen, so will das sehr wenig bedeuten gegenüber den großen Vorteilen, die uns die Agitation zur Wahl, die Wahlhandlung selbst und die bleibenden Eindrücke derselben, bieten. — Die Agitation hat die Anwohnerschaft geweckt, die Wahlhandlung aber hat gezeigt, wie geeint und geschlossen der Volk mit der Behörde zusammenwirkt, wenn es gilt die Bestrebungen der Arbeiterschaft zu vereiteln; die Einbrüche aber, die uns geblieben sind, sie werden ein Ansporn sein für die, die bisher abseits von thätiger Mitarbeit standen, die selbst zum Arbeiterstand gehörend, glaubten, sich dem Wechsels auf die politische Organisation entziehen zu dürfen, weil ihre augenblickliche Position sie über das Ringen und Streben der Arbeiter nach besseren Lebensbedingungen hinwegwuschte.

Dienstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Gerth, Tempelhof, Dorfstraße, die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Mariendorf, Tempelhof und Umgegend statt, wozu jedem der Zutritt gern gestattet ist; vornehmlich sei es aber sämtlichen Mitgliedern dringend empfohlen, recht zahlreich zu erscheinen und nach Kräften für unseren Verein zu agitieren. Diejenigen Mitglieder, welche ihre Wohnung gewechselt haben, werden in ihrem eignen Interesse ersucht, dies umgehend dem Vorstand mitteilen zu wollen.

Der Wahlverein für Reinickendorf und Umgegend hält Sonnabendabend 8 1/2 Uhr in Büttchers SeePark seine Generalversammlung ab.

Friedrichsfelde. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntagnachmittag 4 Uhr im Lokale des Herrn Schulz, Prinzen-Allee 8, statt.

Den Genossen von Friedrichsfelde und Umgegend zur Kenntnis, daß am 1. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Rube eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfindet. Referent ist Genosse A. Stadthagen. Diese Versammlung wird in Uebereinstimmung sämtlicher Gewerkschaftszahlstellen hier am Ort abgehalten.

Lokales.

Geschäftspatriotismus und Arbeiterföhrbarkeit.

Der Prozeß gegen die beiden frömmlichen Schwindler Fischer und Köllmer ist als Beitrag zur Charakteristik des zeitgemäßen Patriotismus immerhin schätzbar. Fürs erste zeigt der Prozeß, wie spielend leicht es ist, sich mit Nichtsthum und der auf das Normalmaß moderner Frömmigkeit abgestempelter „Treu und Gerechtigkeit“ auf etliche Zeit einen fideles Tag zu verschaffen. Man braucht mit so einer patriotischen Gründung nur bei etlichen Geldleuten und Personen von Disjunktion zu antichambrieren und fugs hat man von dieser Seite, wenn auch nicht immer die herbeigesehnten Moneten, so doch die erforderliche Anzahl blendender Namen auf der Liste, mit der man nimmer den Dummen aus plebejischen Streifen ihre ersparten Thaler abknöpfen kann. Welches wird dadurch erleichtert, daß oben wie unten der Patriotismus — als Aushängeschild für Nebenabsichten zu Tage tritt. Oben mag es nur der bekannte Typus des Bankiers sein, der aus dem Schatz seiner erachteten Millionen ihm als patriotisch angelegenen Unternehmungen augensällig subventioniert, in der mehr oder weniger stillen Hoffnung, daß bei Gelegenheit ein roter Adler drüber oder ein Kommerzienrats-Titel abfalle. Unten aber, bei den „kleinen“ Leuten, ist der Haben großer gewonnen. Dort spekuliert der Schwindler mit fast unschlagbarem Glück darauf, daß die Dummen ihre Expansivität freudig dem patriotischen Zweck zuwenden werden, wenn man ihnen vorkommt, daß ein feines Geschäft dabei herauskomme. Gleich dem Mattenfünger lodten Fischer und Köllmer den armen Thoren das Geld aus der Tasche; sie gaben blindlings, denn alle glaubten sie an die ihnen versprochene Anstellung bei dem Schwadladel-Unternehmen, die mit Wucherzins das aus Geschäftspatriotismus dargebrachte Geld wieder einbringen werde. Die Moral ist aber in beiden Schichten die gleiche; oben und unten geben sich Vaterlandsliebe wie Frömmigkeit meist als Mittel zum Zweck des ganz ordinären Geschäftemachens zu erkennen.

Daraus, daß kein andres Motiv diese Leute bei patriotischen Vorhaben leitet, erklärt sich auch die Unmöglichkeit für sie, zu begreifen, daß der klassenbewußte Arbeiter ganz selbstlos für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf Opfer bringt. Selbstlos, das heißt ohne den Hintergedanken an plump vor Augen liegende Vorteile geübte Solidarität ist in den zur heutigen Ordnung schwörenden Kreisen meist ein völlig unfahbarer Begriff. Daher kommt es, daß der Ordnungspolizist die Arbeiterföhrbarkeit so schwer begreift und vielfach die Phrase seiner Leibblätter nachbetet, daß der klassenbewußte Proletarier entweder ein schlechter, leichtsinniger Kerl oder doch in gelinderen Falle ein von den „Hegern“ verführtes Schaf sein müsse.

Kommunale Anehmlichkeiten für den Kaiser. Oberbürgermeister Kirchner und Stadtbaurat Hoffmann hatten gestern nachmittag 2 Uhr eine Audienz beim Kaiser, in der sie die Pläne für die Verlegung des Kaiser Franz Joseph vorzunehmende Ausdehnung der Straße unter den Linden vorlegten. Hierbei gab der Kaiser nach dem „Berliner Tagebl.“ seine Genehmigung und wurde über die vorgestellten von dem patriotischen Teil der Stadtvordneten-Versammlung gefassten Beschlüsse Ausdruck.

Für er brachte der Kaiser das Gespräch auf den Beschluß der Stadtvordneten betreffend die Anlage eines sechs Meter breiten Rasenstreifens um das Schloß und die Umpflasterung des Schloßplatzes. Der Kaiser sprach den Wunsch aus, daß diese Veränderungen recht bald vorgenommen werden möchten, da für ihn und seine Familie das Geräusch des Schloßplatzes und der Schloßfreiheit sehr störend sei.

Wichtig ist es angebracht, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß es uns Ziel auf innigste zu wünschen wäre, wenn die dem Kaiser gewiß gern gewährte Rücksicht auch nach anderer Seite hin geübt würde. Seit Jahren wiederholen sich z. B. die Klagen, daß in den nach dem Tempelhofer Felde zu gelegenen Heilanstalten, vor allem aber in dem Elisabeth-Hospital an der Hofenstraße, der entsehlige Kanonendonner, der vom Uebungsplatz herhallt und gar oft die Fenster zittern macht, auf Kranke und Genußende von denbar ungünstigster Einwirkung ist. Wie wäre es, wenn die Militärverwaltung fortan die Uebungen in entfernteren Gegenden abhalten ließe und so die der Schonung bringend benötigten Kranken von einem Lärm befreite, gegen den das Geräusch auf dem Schloßplatz sich wie sanftes Windesauseln ausnimmt?

Der Friedhof im Friedrichshain. Der bei patriotischen Anlässen so wenig bedeutliche Magistrat hat sich in der Friedhoffrage abermals in einer Weise benommen, wie man es von einem höheren Hofbeamten kaum anders verlangen kann. In seiner gestrigen Sitzung konnte sich der Magistrat wiederum nicht mit den Beschlüssen der Parkeputation einverstanden erklären. Er hat vielmehr den Vorschlag zur Verlegung des Eingangs und die Herichtung eines eisernen Thorgitters für den neuen Eingang abgelehnt. Dagegen hat sich das Kollegium damit zufrieden gegeben, daß die Einfassung der Wege durch Granitischwellen erfolgen solle und daß die Mitte des Kirchhofs, vorbehaltlich der etwa vorzunehmenden Aufbügung der verfallenen Gräber, unberührt bleibe. Der Stadtvordneten-Versammlung soll unverzüglich eine in diesem Sinne gehaltene Vorlage zur Genehmigung unterbreitet werden, in welcher die Einzelheiten der gärtnerischen Ausschmückung des Friedhofs angegeben sein werden.

Uns soll verlangen, wie die Stadtvordneten-Versammlung sich über dies Spiel äußern wird.

Berlin Kinderlegen. Unter den in Berlin geborenen Kindern haben die Erst- und die Zweitgeborenen die Mehrheit. Im Jahr 1898 wurden hier 43 175 eheliche Kinder zur Welt gebracht, darunter waren nach einer jetzt veröffentlichten Aufstellung des Berliner Statistischen Amtes allein 12 926 erste und 10 137 zweite Kinder. Auf die Erst- und die Zweitgeborenen zusammen kam also schon über die Hälfte aller Geburten. Mit einem reichlichen Viertel waren ferner die Dritt- und die Viertgeborenen, 6721 und 4667 Kinder an der Gesamtzahl der Geburten beteiligt. Das übrig bleibende Viertel setzte sich zusammen aus allen übrigen Geburten von den Fünftgeborenen an. Die Fälle eines reicheren Kinderlegens in ein und derselben Ehe sind eben viel weniger zahlreich. Die Aufstellung zeigt ein reiches Sinken der betreffenden Zahlen. Sie fahet noch 8066 fünfte Kinder an, aber nur noch 1966 sechste, 1367 siebente, 969 achte, 612 neunte, 487 zehnte, 255 elfte, 106 zwölfte, weiter 126 dreizehnte, 80 vierzehnte, 42 fünfzehnte. Aber es fehlt auch in Berlin nicht an Fällen, in denen ein und derselben Ehe ein Kinderlegen zu teil wird, der selbst über die Wandel noch weit hinausgeht. 1899 wurden noch 29 sechzehnte, 11 siebzehnte, 8 achtzehnte, 5 neunzehnte, 4 zwanzigste Kinder geboren. Außerdem brachte eine Mutter, eine Frau von erst 43 Jahren, ein sieben- undzwanzigstes Kind zur Welt. Diese Zahl ist die höchste, die in Berlin, so lange Ermittlungen darüber vorliegen, jemals beobachtet worden ist. Ein sechsundzwanzigstes Kind wurde einmal im Jahr 1893 und einmal ganz kürzlich, im Jahr 1899, gemeldet.

Der in der Medienwaldschen Wardsache bezichtigte Tischlermeister Gluth aus der Birkenstraße sowie seine beiden Söhne Wilhelm und Georg wurden gestern der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Neue Momente der Untersuchung sind aber zur Zeit nicht hervorgetreten. Die Festnahme eines gewissen Kersten, die auf haltlose Kombinationen hin als für die Entwicklung der Angelegenheit bedeutungsvoll dargestellt wurde, soll ganz belanglos Natur sein. Der Mann ist sofort entlassen worden, nachdem er nachgewiesen hatte, auf welche Weise ein in seinem Besitz gefundenes Paket Wäsche mit Blut bespritzt worden sei. Die Ver-

nehmung der mit der Familie Gluth bekannten Handwerker Jesse, Bildhauer und Herde drehte sich vornehmlich um die Frage, ob dieselben am Abend des Tags, an dem Fräulein Medemwaldt imgebracht worden ist, mit Gluths Spazierern gegangen sind. Die Frage ist in einem den Beschuldigten günstigen Sinn entschieden worden, kommt jedoch nicht als ausschlaggebend in Betracht, da angenommen wird, daß der Mord nicht am Abend vollbracht worden ist. Die Familie Gluth wurde seit der Ermordung der Unglücklichen ständig auf Schritt und Tritt von der Kriminalpolizei beobachtet. Der alte Gluth erhält allenthalben, wie schon mitgeteilt, das beste Vernehmungsresultat. Gestern vormittag fand vor seinem eine Haus-suchung in der Gluth'schen Wohnung, Birkenstr. 42, statt. Man forschte sorgfältig in sämtlichen Räumen und untersuchte genau alle Werkzeuge. Eine Beschlagnahme irgend welcher Gegenstände erfolgte nicht. Der Zustand der Ehefrau des verhafteten Tischlermeisters Gluth ist andauernd sehr schlecht. Sie liegt in hochgradigem Fieber und phantasiert viel.

Gluth, der sowohl für sich wie für seine Söhne die Anklage an dem Mord befreit, hatte sich in den acht Jahren, die er hier selbständig ist, eine gute Anwartschaft erworben, für die er namentlich Ausbesserungsarbeiten besorgte. Seine fünfzehn Kinder hielt er unter strenger Aufsicht. Wenn einmal einer seiner Söhne ohne Beschäftigung war, so ließ er ihn sofort nach Hause kommen und beschäftigte ihn dort, um ihn vom Dummeln abzuhalten. Der 17jährige Georg war als Arbeiter in einer Schlosserei zu Panlow thätig. Gelehrter Schläffer ist er nicht. Er soll den Schlüssel gefehlt haben, den man in der Wohnung der Ermordeten gefunden hat. Georg Gluth giebt zu, einen Schlüssel für sich als Korridor-schlüssel gefehlt zu haben, und hat diesen auch ausgeliefert; er ist noch nicht ganz fertig. Von einem zweiten Schlüssel will er nichts wissen. Es wird aber angenommen, daß er auch den fertig in der Medemwaldt'schen Wohnung gefundenen Schlüssel zurecht gemacht habe. Einen, so wird vermutet, habe er für sich behalten wollen, den andern seinen Brüdern gegeben. Georg Gluth gehören auch die blutbestimmten Kleidungsstücke. Sein Bruder Willy soll sie jedoch bei der Ausführung des Mordes getragen haben. Der 17jährige Willy, der etwas schwächlich ist und keine Neigung zu einem Handwerk hatte, war mehrfach Laufbursche und Arbeiter in Chokoladenfabriken. Inletzt half er seinem Vater und bekam die Woche 50 Pf. Taschengeld.

Bilder des Elends bieten sich dem Auge beinahe täglich am Ausgang der Anseebühnen in Rigdorf dar. Auf der hier noch ungebauten Feldmark wird Schutt und Müll abgeladen. Weht man am Nachmittag an der Straße vorbei, so sieht man arbeitslose Frauen, elende zerlumpte Kinder auf den elendlichen Haufen herumtrotzen und darin stöbern und wühlen. Sie geben „Coals harken!“ In den Anstalten befinden sich zahlreiche Reste von Coals, Kohlen, Holzstücken usw., die in wohlhabenden Haushaltungen unversehens mit in den Abfall gerieten und hier nun den Armen willkommenes Brennmaterial bieten. Da die teuren Kohlenpreise und der mit ihnen verbundene Kohlenmangel es der ärmeren Bevölkerung fast unmöglich machen, das vielgerühmte Feuer des häuslichen Herdes zu unterhalten, sind die Stätteplätze recht gut besucht. In Wind und Wetter wandern die Coals-harkerninnen darauf umher, von der gebrechlichen Greisheit bis hinab zum schwächlichen Schulmädchen ist jedes Lebensalter unter ihnen vertreten. An der Grenze der „schönsten Stadt der Welt“ ein Bild aus Jolas „Gemma“.

Selbstmord eines Studenten. Erschossen hat sich in einem Gasthof der Dorostienstadt der 24 Jahre alte Student der Ingenieurwissenschaften Alexander Bihari aus Großwardein, der seit Oktober vorigen Jahres in Charlottenburg wohnte, zunächst in der Englischen Straße und zuletzt in der Bismarckstr. 9 bei der Witwe Otto. Das Motiv der gestrigen Nachmittag verübten That ist nicht bekannt.

Selbstmord im Eisenbahnhof. Als der Vorortzug der Berlin-Hamburger Eisenbahn Mittwochabend 8 Uhr 58 Minuten von Rauen in Spandau eintraf, wurde in einem Wagenabteil dritter Klasse ein etwa 80jähriger gut gekleideter Mann tot vorgefunden; neben ihm lag ein Revolver, der noch fünf Kugeln enthielt. Der Passagier hatte sich eine Schußwunde in den Schläfen beigebracht; in einer Tasche seiner Kleidung fand sich noch eine Pistole mit einer gelblichen Flüssigkeit vor, die vermutlich Gift enthält. Bei der Leiche wurde eine Monatskarte der Berliner Stadt- und Ringbahn auf den Namen Paul Jonas vorgefunden; auch seine Wäsche ist P. J. gezeichnet. Das Portemonnaie des Toten enthielt etwas über 3 M.; Wertsachen waren weiter nicht vorhanden. Der Leichnam ist nach dem Schauhause des Friedhofs in der Potsdamer Vorstadt gebracht worden.

Herr Schriftsteller E. v. Oagen teilt uns zu dem am 15. d. M. gebrachten Feuertod mit, daß nicht die Rede davon sein könne, daß seine Frau eine Brandstiftung verübt habe. Der ganze Vorgang beschäufte sich darauf, daß Frau v. O. in einer momentanen Hysterie befangen, einen kleinen Porzellanleuchter zu lange andrennen ließ, und mit dem Lichte Spielereien trieb. Die Gardinen hätten überhaupt nicht gebrannt. Auch habe Frau v. O. keine Papierschnitzel aufgehäuft. Herr v. O. habe seine Gattin genau beobachtet, da er zwar zu Wette lag, die Augen aber offen hatte und nicht schlief.

Zwei Obdachlose, die bei einer Streife am Alexanderplatz aufgegriffen wurden, sind der Kriminalpolizei vorgeführt worden.

Strasenspernung. Die Bremerstraße von der Turmstraße bis zur Wickestraße einschließlich des Kreuzdamms der letzteren, ebenso die westliche Seite der Eisenstraße zwischen der Bismarckstraße und dem Königplatz wird zur Asphaltierung vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuertod. Freitagmorgen waren kurz hintereinander Reichensbergerstr. 145/46 und Kleine Frankfurterstr. 80 Zimmerbrände abzuhängen, die Kleider und Möbel einschürten. Am vorhergehenden Abend hatte Stralauerstr. 58 und Blumenstr. 20 Stroh und Gerüst im Keller Feuer gefangen. Magazinstr. 12a und Teltowerstr. 28 erfolgten unbedeutende Brände. Ein Alarm nach Leipzigerstr. 74 wurde dadurch veranlaßt, daß auf dem in Abbruch befindlichen Grundstück alte Bretter Feuer gefangen hatten. Dresdenerstr. 80 waren durch Unvorsichtigkeit Betten in Brand geraten, der aber vor Ankunft der Wehr bereits beseitigt war. Außerdem wurden noch geringfügige Brände von Dunderstraße 86 und Reibelstraße 10 gemeldet.

Ein Kursus in Elektrotechnik wird, worauf wir interessierte Kreise besonders aufmerksam machen, in der städtischen Fortbildungsschule Gräberstraße 85-88 unter Leitung des Herrn Direktors Wialz abgehalten. Die Unterrichtsstunden sind Montags und Donnerstags von 7 1/2-9 1/2 Uhr. Auch nachträglich werden noch Vorlesungen zu diesem unentgeltlichen Kursus bei Beginn des Unterrichts entgegengenommen.

In dem Kindergarten für taubstumme Kinder, Gipsstr. 16a, sind mit dem Vierteljahreswechsel durch die Abgabe mehrerer schulpflichtiger Kinder an Taubstummen-schulen wieder einige Plätze frei geworden. Anmeldungen taubstummer Kinder vom 3. bis 7. Lebensjahre werden wochentags von 9-11 Uhr im Kindergarten selbst oder nachmittags von 4-5 Uhr von Dr. med. Th. S. Platan, Potsdamerstr. 113, Bilda 3, entgegengenommen. Unbemittelten können Freistellen gewährt werden.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania findet heute 5 Uhr noch eine Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen des dekorativen Ausstattungskunst „Von den Alpen nach Schwab“ statt.

Theater. Im Schiller-Theater werden bis Ende nächster Woche die seltenen Abommements für das vierte Quartal ausgegeben. Mit diesem Quartal scheidet sich der Abomment die Plätze für das erste Quartal des neuen Spieljahres. Die Ausgabe der seltenen Abommements erfolgt in der Billet-Abteilung des Theaters und in der Kreutzeischen Buchhandlung. — Im Thalia-Theater finden von der Ausstattungspolse „Im Himmelsloft“ nur noch 10 Vorstellungen statt. Die Abschiedsvorstellung am 30. April geht zum Benefiz für Guido Thiesher in Scene.

Aus den Nachbarorten.

Ueber die Versorgung der Stadt Rigdorf mit elektrischem Strom wird bereits seit dem Jahre 1897 verhandelt. Die Gasdeputation, welche mit der Vorbereitung der allgemein als notwendig anerkannten Maßregel betraut ist, hat jetzt einen vorläufigen Bericht erstattet, aus dem folgendes zu entnehmen ist. Zu Anfang erließen der Deputation allein zweckmäßig der Bau und Betrieb eines eigenen städtischen Elektrizitätswerkes. Später hat man sich aber dahin schlüssig gemacht, von dem Bau und Betrieb eines Werks in eigener Regie vorläufig abzugehen und die Erzeugung und Verteilung auch den Betrieb des Stroms einer Elektrizitätsgesellschaft zu überlassen. Dabei soll aber der Einfluß der städtischen Verwaltung auf die Geschäftsführung, Tarifierung und Abrechnung möglichst gewahrt werden. Auch setzt man als selbstverständlich voraus, daß der Stadtgemeinde vertragsmäßig das Recht gesichert werden müsse, nach einer nicht zu reichlich zu bemessenden Zeit den Betrieb in eigene Verwaltung zu übernehmen. Verschiedene Firmen sind zu Angebots veranlaßt worden. Die Berliner Elektrizitätswerke haben zur Wahl gestellt: 1. Die Lieferung des im Elektrizitätswerk Obersee erzeugten Drehstroms direkt an die Konsumenten unter Verteilung der Stadtgemeinde am Gewinn, nach Maßgabe des verbrauchten Stroms. 2. Die Lieferung von Drehstrom nach auf die Stadtgehenden zu verteilenden Speisepunkten, von welchen aus die Verteilung des Stroms auf Kosten und für Rechnung der Stadtgemeinde zu bewirken wäre. 3. Die Lieferung des Drehstroms nach einer Umformation, von welcher aus der Strom als umgeformter Gleichstrom durch die Stadtgemeinde an die Stromabnehmer zu verteilen wäre. Ueber einen Vertragsentwurf konnte mit der Gesellschaft eine Einigung bisher nicht erzielt werden. Die Verhandlungen sind noch Gange.

Die „Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin“ hat sich erboten, für Rigdorf ein eigenes Werk auf eigene Kosten zu erbauen und zu betreiben, den Strom auch direkt an die Abnehmer zu liefern und die Stadt beim Gewinn zu beteiligen. Diese Offerte hat den Vorteil, daß die Stadt nach Ablauf der Konzessionsdauer in den Besitz einer eignen Stromquelle kommt und außerdem in den Vertrag der Gesellschaft mit der „Südlichen Vorortbahn“ eintreten kann.

Die Elektrizitäts-Kriegsgesellschaft vormals W. Rahmeyer zu Frankfurt a. M. ist nach mehrfachen Verhandlungen ersucht worden, einen Vertragsentwurf auszuarbeiten und ihm ein Projekt wie das zuletzt erwähnte zu Grunde zu legen. Bei den weiteren Verhandlungen wird ein Sachverständiger mitwirken.

Ans Rigdorf. Einen unheimlichen Fund machte am Donnerstagabend gegen 11 Uhr ein Streifenwächter der Stadt- und Ringbahn. Kurz hinter dem hiesigen Bahnhof lag auf dem Geleise ein menschlicher Körper, dem der linke Fuß fehlte, während der rechte nur noch lose am Hüft hing. Ein Stüchlein weiter ward auch der Fuß gefunden. Augenblicklich handelte es sich um einen Selbstmörder, der sich von einem Ringbahnzug hatte überfahren lassen. Aus Papieren, die man bei der Leiche fand, wurde der Unglückliche als der 18jährige Dienstmacht Franz Dohrmann aus Al-Bliende (Kreis Zeltow) festgestellt. Das den jungen Menschen zu der schrecklichen That veranlaßt hat, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Leiche wurde nach der Rigdorfer Friedhofshalle in der Kirchhofstraße gebracht.

Das von den städtischen Aemtern beschlossene Ordre über die Anstellung der städtischen Beamten hat in allen Punkten die Genehmigung des Regierungspräsidenten in Potsdam erhalten.

Die hiesige Schuldeputation hat beschlossen, wieder mehr Lehrerinnen im Gemeinde-Schuldienst anzustellen, während der frühere Schulvorstand die Ansicht vertrat, Lehrerinnen seien zum Schuldienst wenig geeignet. Fünf neue Lehrerinnen sind gestern bereits angestellt worden und weitere Veranfragen sind in Aussicht genommen.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Spandau beschäftigte sich mit der Regelung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter. Magistrat und Ausschuss sind gegen grundsätzliche Bestimmungen in dieser Sache; die Entscheidung über zu gewöhnliche Pensionsbeträge soll von Fall zu Fall den städtischen Körperschaften überlassen bleiben. Die Stadtv. Dutsch und Genossen (Soc.) brachten den Antrag ein, die Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für städtische Arbeiter zu beschließen und eine Kommission zur Beratung der Statuten zu wählen. In seiner Begründung führte Genosse Dutsch aus, daß für die städtischen Beamten und deren Hinterbliebenen in ganz anderer Weise gesorgt sei, die Stadt solle nun auch endlich daran gehen, die städtischen Arbeiter nicht mehr so hinterrück zu lassen, sondern auch deren Zukunft sicher zu stellen. Stadtv. Jense (fr. Vg.) stellte sich der Errichtung einer Pensionskasse sympathisch gegenüber und beantragte die vorläufige Vertagung; bis dahin solle der Stadtverordneten statistisches Material, Kassenstatuten etc. zu ihrer Information vom Magistrat zugestellt werden. Diefem Antrage gab die Versammlung statt.

Am der Umwandlung des Stadt-Bahnhofs Stralauer-Rummelsburg wird jetzt mit großem Eifer gearbeitet. Der neue Bahnhof erhält drei selbständige Abteilungen, und zwar für den Stadt-, für den Stadtring- und für den Ringverkehr. Der Stadt-Bahnhof Stralauer-Rummelsburg wird neben der jetzigen gleichnamigen Vorortstation zwischen den Bahndämmen der Ringbahn angelegt. Der Bahnsteig sowie die Stationsgebäude sind bereits fertiggestellt. Für den Stadtring-Verkehr bleibt die alte Haltestelle bestehen. Dieselbe wird noch einen neuen Bahnsteig erhalten, der den Verkehr für die vom Stadtring zur Stadt fahrenden Züge aufnehmen. Der Zugang wird durch einen Tunnel vermittelt. Der dritte Bahnhof ist ausschließlich für den Ringverkehr bestimmt. Er ist an dem Verbindungsgeleise für den Nord- und Südring gelegen und ebenfalls zum größten Teil schon fertiggestellt. Die drei Bahnhöfe sollen durch Brücken resp. Treppen mit einander verbunden werden.

Der Leichensund bei Wickeverder, über welchen wir schon mehrfach berichtet haben, beschäftigt noch immer die Behörden. Die gestern erfolgte Rekonstruktion der Toten durch den Vater des Mädchens, welches als das 17jährige Dienstmädchen Alara Bierack ermittelt wurde, hat die ganze Angelegenheit noch rätselhafter gestaltet. Die W. hat in zurückgelassenen Briefen bei ihrem Vater sowohl als bei ihrer früheren Dienstherrin die Absicht, sich das Leben nehmen zu wollen, ausgesprochen. Die durch den Kreisphysikus Herrn Dr. Janide aus Spandau vorgenommene Obduktion der Toten hat jedoch ein ganz eigenartiges Resultat gehabt. Wie wir bereits erwähnten, ergab der Befund, daß die Bierack nicht im Wasser gestorben ist. Die Eingeweide und der Magen waren fast völlig leer, Wasser wurde in denselben überhaupt nicht vorgefunden. Der Tod ist auch nicht, wie erst angenommen, durch Vergiftung herbeigeführt, sondern durch Verblutung, da das Herz völlig blutfrei befunden wurde. Die Leiche hat ca. 8 Wochen im Wasser gelegen und muß bei Berücksichtigung der Stärke des Stromes von Berlin oder Charlottenburg abgetrieben sein. Die Verlegung am Unterlauf, durch welche die Verblutung stattgefunden haben muß, ist an und für sich unerschöpflich; sie kann durch ein stumpfes Messer oder durch ein andres derartiges Instrument beigebracht worden sein. Die Möglichkeit, daß sich die Verstorbenen im Anfall von Geistesstörung die Verlegung selbst zugefügt, ist zwar nicht ausgeschlossen, erscheint jedoch wenig wahrscheinlich.

Aus Panlow schreibt man uns: Das Schwänken der Stralauerbahnwagen macht sich auf der Linie Friedrichstraße-Panlow besonders unangenehm bemerkbar. Statt dem Uebelstand durch einen festen Unterbau abzuhelfen, läßt es die Firma Siemens u. Halske, die sich sonst im allgemeinen vorteilhaft vor der Großen Berliner auszeichnet, bei kleinen Ausbesserungen bewenden. Die Wagenführer wurden kürzlich bei Strafe verpflichtet, auf der Strecke Panlow-Christiansplatz nur mit halber Kraft zu fahren. Bei der letzten Konzessionsverlängerung spielte der angeführte Mangel in der Gemeindevertretung eine Rolle; wie es heißt, will die kommunale Körperschaft sich jetzt von neuem mit der Angelegenheit befassen.

Zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Stadt Schöneberg haben wegen der umfangreichen Bahnbauarbeiten, die infolge der in Aussicht stehenden Erweiterung der Geleisanlagen der Südringbahn und der Verlegung des Vorortverkehrs der Anhalter Bahn nach dem Potsdamer Bahnhof bei Schöneberg, an der Anhalter, Potsdamer und Ringbahn ausgeführt werden müssen, seit Monaten lange Verhandlungen geschwebt, die nun endlich dem Abschluß nahe sind. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Unterführung des von Schöneberg nach Tempelhof jetzt über die Anhalter Bahn hinweggehenden Tempelhofer Weges, unter die Geleise der Anhalter Bahn, sowie ferner um die Verbreiterung der unter der Ringbahn und Potsdamer Bahn schon bestehenden Unterführung der Tempelhoferstraße, sodann um eine Verbreiterung der Unterführung des Königswegs unter der Ringbahn und endlich um die Weiterführung der Goethestraße unter der Ringbahn hindurch, in welcher sich jetzt diese Straße tollkühnt. Die Kosten dieser zum Teil äußerst schwierigen Unterführungsarbeiten, welche etwa zwei Jahre in Anspruch nehmen werden, sind auf 833 500 M. veranschlagt und sollen, wie es die Eisenbahnverwaltung verlangt, von der Stadt Schöneberg getragen werden. Die städtische Tiefbaudeputation und daraufhin auch der Magistrat haben beschlossen, der Leistung jener Kossumme zuzustimmen und sie durch eine Anleihe zu decken, jedoch zu den Kosten, soweit es nur irgend zulässig ist, die Anlieger mit heranzuziehen.

Theater.

Lesing-Theater: Gastspiel der Sorma. (Fortsetz.) Ueber die Schauspieler wird im allgemeinen zu viel geschrieben und zu wenig gesagt. Ihre Namen findet man allzu oft in den Spalten der Zeitungen; von ihrer Kunst hört man nur wenig oder nichts. Ein Superlativ der Bewunderung ist ja freilich kein Pflanzel; aber ein Superlativ ist leider noch kein ästhetisches Urteil. Wenn man die Auffüsse, die zwischen Jahr und Tag über Dichtung, Materie, Kunst usw. geschrieben werden, mit dem kümmerlichen Nebenarten vergleicht, die über Schauspielerkunst auf den Markt gebracht werden, erscheint man über den Abstand. Natürlich ist das unglückliche Mißverhältnis kein Zufall. Es hat — wie alles — seinen guten Grund.

Die Kritik wendet — und schließlich mit Recht — ihr Hauptinteresse der dramatischen Produktion zu. Ist die Dichtung abgehandelt, bleibt wenig Raum und noch weniger Zeit für den Schauspieler übrig. Selbst aber wenn Raum und Zeit vorhanden wären, hätte eine wirkliche Schauspielerkritik ihre großen Schwierigkeiten. Schließlich muß man einen Künstler von allen Seiten kennen, um ihn beurteilen zu können, und eben das ist beim Schauspieler mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft. Einen Dichter kann man in sein Arbeitszimmer citieren, und ein Maler kann in einer einzigen Ausstellung sein ganzes Wesen entfalten. Den Schauspieler muß man aufsuchen. Jede Rolle kostet einen Abend, und müht man sich in einer ganzen Saison überhaupt nur Gelegenheits, zwei bis drei Rollen kennen zu lernen, die für das künstlerische Urteil in die Waagschale fallen. So bleibt es in der Kritik leider meistens bei einigen lobenden und tadelnden Adjektiven, die — seien sie nun richtig oder unrichtig — immer eine höchst spärliche Aufklärung der schauspielerischen Arbeit bedeuten. So lange die Kritik jedes (aber auch jedes) angeblich „neue“ Stück besucht, kann dieser unfruchtbare Zustand leider nicht geändert werden.

Um so dankenswerter ist jede Arbeit, die mit Sachkenntnis und litterarischem Talent das Bild einer Schauspielerin in größeren Zügen zu zeichnen versucht. Eine solche Arbeit nun bringt „Das neue Jahrhundert“ aus der Feder Ferdinand Gregoris. Die Arbeit handelt von der Sorma, deren künstlerisches Wesen der Autor in der Hauptsache durch drei Sätze charakterisiert: sie ist deutsch; sie ist — im Gegensatz beispielsweise zur beladenden Duse — stark und endlich ist sie immer und vor allem ein Weib. Gegenwärtig gastiert die Sorma im Lesing-Theater und so ist der Artikel jetzt zur rechten Zeit erschienen. Ich meine die Künstlerin nicht genug, um zu einem endgültigen Urteil zu kommen. Nach allem aber, was ich von ihr kenne, stimmt Gregoris Charakteristik, die ich hier in großen und mehrerwegen auch in großen Umrissen mitgeteilt habe. Der Kunst der Sorma — sie ist mitunter der perforsifizierte Plebejer — kann sich schwerlich jemand entziehen. Vielleicht geht Gregoris aber doch zu weit, wenn er sie nun gleich einsam, über alle andern deutschen Schauspielerinnen stellt. Aber wie dem auch sei: ihre Kunst kommt von Herzen und geht zu Herzen und so ist es kein Wunder, daß sie selbst in dieser vorgerückten Jahreszeit ihre Freunde in hellen Haufen herbeizuloden vermag. — E. S.

Gerichts-Beitrag.

Wie viel die Länge eines „Schritts“ beträgt, ist kürzlich Gegenstand eingehender Erörterungen vor dem hiesigen Amtsgericht geworden. Der Mithghändler L. hatte sein Mißgeschick an einen Herrn S. verkauft und sich dabei gegen eine Konventionalschraube von 300 M. verpflichtet, im Umkreise von 1000 Schritt kein Mißgeschick zu eröffnen oder zu betreiben. Der Käufer blieb auf den Kaufpreis 300 M. in Rest und verneinte diese Summe auf die Konventionalschraube, indem er behauptete, daß ein vom Verkäufer betriebenes Mißgeschick höchstens 800 Schritt, den Schritt zu 80 Centimeter gerechnet, von dem verkauften Geschäft entfernt liege. Der Verkäufer, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Werthauer, wurde nun gegen den Käufer, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. K. zu H., auf Zahlung der restierenden 300 M. klagbar. Es wurde aber die in Frage stehende Entfernung Beweis erhoben und durch amtliche Auslast des L. Katasteramts festgestellt, daß sie 0,672 Kilometer, also 840 Schritt, den Schritt zu 80 Centimeter gerechnet, betrage. Nunmehr bestritt der Kläger, daß die Länge eines Schritts 80 Centimeter betrage und behauptete, daß ein Schritt nur 2 Fuß, gleich ca. 63 Centimeter, betrage. Das Amtsgericht hat nun eine Entscheidung zu Gunsten des Klägers getroffen und diese wie folgt begründet: Der Behauptung des Beklagten, daß die Länge eines Schritts 80 Centimeter betrage, steht die Vorschrift des Exercier-Reglements zur Seite, nach welcher die Schritt-länge beim Marsch 80 Centimeter betragen soll. Es sei nicht zu verlernen, daß im Verlehe dieser Maßstab für den Schritt häufig zu Grunde gelegt wird, bei der Auslegung eines Vertrages könne er aber nur dann herangezogen werden, wenn besondere Umstände darauf hinweisen, daß die Parteien diesen Schritt gemeint haben. Hier liegen solche Umstände nicht vor und deshalb könne dieser Maßstab, weil er künstlich sei, keine Geltung haben. In der That sei aber die Länge eines natürlichen Marschschritts nicht 80 Centimeter. Schon der naturgemäße Marschschritt habe in der deutschen Armeekorps eine Länge von 76,128 Centimeter (Bierack, Daten und Tabellen für Mediziner). Der naturgemäße Schritt bei gewöhnlicher Ganganart betrage nach Bierack 61,4 Centimeter, nach Pandois (Physiologie des Menschen) im Mittel 6-7 Decimeter. Es werde also die Schritt-länge auf durchschnittlich 65 Centimeter festzusetzen sein, dies entspräche auch der Erfahrung. Hiernach bemessen betrage die streitige Entfernung 1033 Schritt. — Hiernach wurde der vom Beklagten gemachte Einwand als hinfällig erachtet.

Für Rassenärzte von Wichtigkeit ist eine in den „Bl. für Rechtsw.“ abgedruckte umfangreiche Entscheidung des hiesigen Landgerichts (10. Zivilkammer), bei welcher es sich um die Frage handelte: Ob Rassenärzte befugt sind, tenere Mittel als die in der Instruktion der Rassenärzte vorgeschriebenen den Patienten zu verordnen. Der praktische Arzt Dr. W. hatte gegen den Verein freiwillig gewählter Rassenärzte zu Berlin und dessen Vorstandsmittglieder Klage auf Zahlung von 4,65 Mark erhoben. Er hatte ein Hl. J., Mitglied der Allgemeinen Orts-Armenkassa für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen an Kleinkindern behandelt und da sie bereits mit allen möglichen Eisenpräparaten seit Jahren behandelt worden war, hiervon aber stets erhebliche Magenbeschwerden erhalten hatte, Krebelsche Sanguinal-Pillen verschrieben, für welche insgesamt 4,65 M. aufgewendet wurden. Der Recepten-Revisor strich

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 21. April. Cyprianus. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Geispenster. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Im Eil. Vorher: Frau Sonne. Anfang 7 1/2 Uhr. Klebens. Die Dame von Marlin. Anfang 7 1/2 Uhr. Weihen. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Der zerbrochene Krug. Amphitruon. Anfang 8 Uhr. Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr. Luise. Ein Sensationroman. Anfang 8 Uhr. Central. Berlin nach Eif. Anfang 7 1/2 Uhr. Belle-Alliance. § 184. Anfang 8 Uhr. Carl Weiss. Der Minenkönig von Traudal. Anfang 8 Uhr. Victoria. Die Circus-See. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädter. Meyer auf der Pariser Welt-Ausstellung. Anfang 8 Uhr. Metrop. Specialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr. Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr. Palast. Specialitäten-Vorstellung. Eine alte Geschichte. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung. Urania. Invalidenthr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv.“

Schiller-Theater (Wagner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Aufspiel in 1 Akt von Deim v. Kleist. Hierauf: Amphitruon. Aufspiel nach Voltaire in 3 Akten von Deim v. Kleist. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft. Montag, abends 8 Uhr: Brand.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Drossenstr. 72/73. Beste Woche vor der Abreise nach Hamburg. Täglich: Reienlagerfolg! Im Himmelhof. Thomas, Thiescher, Heimerding, Junfermann, Paulmüller. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Central-Theater

Direktion: José Fernandez. Durchschlagender Lacherfolg! Berlin nach Eif. Große Ausstattungsposse. Aufzug der Parfums. Eisenbahn-Quartett! O Cordula! Sonntagsschau. Der Bogenschützer.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Abends 8 Uhr: Der zerbrochene Krug. Kunst-Specialitäten. Berlin amüsiert sich. Fritzi Desirée. Klammern- und Phantome-Tänzerin. Die modernen Zimons. Die mysteriösen Elefanten. Um 8 1/2 Uhr: Direktor Winkler in dem aktuellen Charakterbild. Eine alte Geschichte. Nach Schluss der Vorstellung: Familien-Frei-Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 11 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr: Im Reiche des Indra. Consuela Tortajada. Gretchen Reutter sowie das grossartige April-Programm. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich von 10-2 Uhr sowie beim Invalidendank und Künstlerdank.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv.“ Invalidenthr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS-PANOPTICUM

Original-italienische Sänger- u. Konzert-Gesellschaft „Colombo“.

Die neuen sensationellen lebenden Photographien.

Stiergefecht. — Mann über Bord. — Stapellauf eines modernen Schlachtschiffs. — Baby-Wäsche u. v. a. m. Joubert. — Krüger. — Cronje.

Passage-Panopticum.

Nachm. 4 Uhr: Zaubervorstellung für Kinder. Stündl.: 35 Togo-Neger. Abends 7-10 1/2 Uhr: Théâtre varié.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Direktion H. Schulz. Täglich um 9 Uhr 30: Verkehrte Welt! mit der feinsten Ausstattung. Weiber-Parade. Von 8 Uhr ab: Das grosse brillante April-Specialität-Programm. Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Festtagen um 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Belle-Alliance-Theater.

Gastspiel Emil Richard. § 184. Schwank in 3 Akten v. Ralph Waldo. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz. Heute, abends 8 Uhr: Sam 25. Rate: Die Circus-See. Große Operette. Morgen nachm. 3 1/2 Uhr: Die Augen der Liebe. Aufspiel. Abends: Die Circus-See.

Die Circus-See.

Große Operette. Morgen nachm. 3 1/2 Uhr: Die Augen der Liebe. Aufspiel. Abends: Die Circus-See.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16. Heute Sonnabend, den 21. April: Der Pfarrer von Kirchfeld. Volks-Schauspiel mit Gesang in 3 Akten von August Strindberg. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Schweizer Garten

Am Königsthor. — Haltestelle der Ringbahn. — Am Friedrichshain. Jeden Sonntag: Grosses Garten-Konzert. Specialitäten-Vorstellung. Volksbelustigungen. Im hohen Saal Ball. Anfang 4 Uhr. Von Pflanzten ab täglich: Konzert und Vorstellung.

Segler-Schloss, Hafens Ablage.

Besitzer W. Heinrich. Fernsprecher: Wuhlfahrtstr. 13. (4413) empfiehlt den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Schulen sein am Wald und Wasser gelegenes Restaurant. Große und kleine Säle, schöner schattiger Garten und großer Spielplatz stehen dem geehrten Publikum zur Verfügung.

Schönstes Etablissement. * Nieder-Schönhausen.

43. Lindenstrasse 43. Jeden Sonn- und Feiertag: Grosses Doppel-Konzert bei freiem Entree (Berufsmittler). — Empfehlung grossen Garten, prachtvollen Saal zu Ballen, Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. — Die Kaffeestube ist den ganzen Tag geöffnet. — Fahrgelegenheit von und nach jeder Richtung Berlin. (4452) Th. Grätzmacher.

Wo? beim alten Freund.

Zu Vereins-Dampferpartien. empfiehlt den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabrikten, Schulen u. seine eleganten, 300 Hgr. fassenden Salondampfer unter couf. Beding. F. Bauer, Friedrichshagen, Oststr. 8b. Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teils. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Nachm. 4 Uhr, Kinder-Vorstellung: Räuber und die geraubte Prinzessin. Abends 8 Uhr: Der Minenkönig von Traudal. Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse. Täglich: Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Heute Sonnabend: Extra-Vorstellung zum Benefiz für Paul Wolfgang. Vollst. neues Programm. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Etablissement „Südost“

Waldemarstr. 75. Mehrere Sonnabende im April und Mai noch zu vergeben. 4475L* Restaurant Montfordia-Garten zu den Wasserwerken. Landsberger Chaussee 1. Größter u. schönster Saal u. Garten der Umgegend Berlins (Nordost). Umfasst 1500 Personen und steht dem geehrten Publikum sowie Vereinen zur gefälligen Verfügung. 3 verb. Kegelbahnen, Kaffeeküche, Kaffeebeisungen jeder Art. 4098 Karl Piepenhagen.

Ober-Schöneweide

Wilhelminenstr. 18. Otto John empfiehlt Restauration bei Ausflügen. (4042)*

Strand-Restaurant Müggelsee

am Müggelsee. Empfehlung: Müggelsee, Müggelitz u. Müggelitz. Empfehlung: Müggelsee, Müggelitz u. Müggelitz. Empfehlung: Müggelsee, Müggelitz u. Müggelitz.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86, Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

Bezirk A. Sonntag, 22. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Nowak, Wanteuffelstr. 9.

Bezirk B. Sonntag, 22. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Pritsch, Wallstr. 30/31.

Bezirk C. Sonntag, 22. April, vormittags 10 Uhr, bei Gerth, Blücherstr. 66.

Bezirk D. Montag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht pro 1. Quartal 1900. 3. Verschiedenes.

Die Jahreshellen, in denen an jedem Sonnabend von 8-10 Uhr abends neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich: Raunauerstr. 78 bei Grundmann; Kleine Androsstr. 14 bei Reumann; Reichbergerstr. 20 bei Schmidt; Wallstr. 69 bei Siefel; Postenstr. 46 bei Reul; Alte Jakobstr. 69 bei Reul; Gassestr. 11 bei Radday; Georgenstr. 25 bei Radtke.

Gr. öffentl. Volksversammlung.

Sonnabend, den 21. April, abends 8 Uhr, in Kellers grossem Festsaal, Koppenstr. 29. (Zum Besten des Baufonds der Freiwilligen Gemeinde.) Tages-Ordnung: 1. Die Moral der naturheiligen Frommen und die Kinder der Welt. Referent: G. Tschirn-Bredlau. 2. Die lex Bezaie im Reichthum. Referent: Adolf Hofmann. 3. Freie Diskussion. Die Geistlichkeit ist dreifach eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. Kinder haben keinen Zutritt. Freireligiöse Schriften liegen aus. Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein mit Tanz.

Berband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Jahreshelle Berlin. Am Dienstag, den 24. April 1900, in Feuerstein oberem Saal, Alte Jakobstraße Nr. 75: Ordentl. General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahl des Verbandsauschusses. 3. Wahl des Gewerkschafts. 4. Abrechnung von der „Urania“-Vorstellung. 5. Verbandsangelegenheiten. 24/1 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Urania-Vorstellung.

Sonntag, den 29. April, nachmittags 1 Uhr, in der neuen „Urania“, Taubenstraße 48/49: Vortrag: Von den Alpen zum Vesuv. Eröffnung der Porphyrkale um 1 Uhr. Anfang der Vorstellung um 2 Uhr. Billets a 60 Pf. inkl. Garderobe sind in den Jahreshellen sowie im Bureau, Engel-Ufer 15, II, zu haben. Die Inhaber von Billets von unserem letzten Stiftungsfest werden ersucht, schnelligst abzurechnen.

Verein deutscher Schuhmacher.

Sonntag, den 22. d. M., vorm. 11 Uhr, im Lokal „Königsbau“, Gr. Frankfurterstr. 117: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1. Quartal 1900. 2. Ertragwahl von zwei Mitgliedern zur Provinzial-Agitationskommission. 3. Antrag des Vorstands auf Ausschluss des Mitglieds Conrath. 4. Verschiedenes.

Berufsgenossen-Versammlung der Schuhmacher u. Maschinenarbeiter

Montag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr: im Lokal von Schiller, Rosenthalerstr. 57. Mittwoch, 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Haberecht, Gr. Frankfurterstr. 30: Branchenversamml. der Schuhmacher u. Maschinenarbeiter. Tages-Ordnung: Tarifberatung. Um zahlreiches Besuch bitten Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungs-Schule

Neue Rosstr. 3, part., „Englischer Hof“. Lehrplan für das II. Quartal 1900.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
National-ökonomie	Marr's ökonomische Lehren	Schriftsteller Dr. C. Schmidt	Montag
Rede-Uebung	Referate und Diskussion über Themata aus dem socialen, gewerkschaftlichen und geistigen Leben	Rechtsanwalt Victor Fränkl	Donnerstag
Geschichte	Kultur- und Kunstgeschichte im neunzehnten Jahrhundert	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie Montag, den 23. April; Rede-Uebung Donnerstag, den 26. April; Geschichte Freitag, den 27. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schöler erfolgt — am besten bei Beginn jedes Kursus — im Schullokal Neue Rosstrasse 3 und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstrasse 40a; Reul, Barnimstrasse 42; Schiller, Rosenthalerstrasse 57; Krause, Mollerstr. 7a. Alle Zuseher sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin S. 59, Hasenheide 72, Hoil. 4 Tr., Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Diessenbachstrasse 75, Querg. 4 Tr., zu senden. 4/15

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.

Ordentliche Generalversammlung sämtlicher Vertreter am Montag, den 30. April 1900, abends 8 1/2 Uhr, in den Krantinhallen, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1899. Bericht der Revisoren. Decharge-Erklärung. 2. Beschlußfassung über Abänderung eines Dienstvertrags mit den Kassenbeamten. 3. Die Erhöhung der Krankenkassentafeln und die event. Erhöhung der Beiträge. 5585 4. Verschiedenes. 5585 Beschwerden, zu deren Erledigung die Ansicht der Kassenbeamten erforderlich ist, sind bis zum 27. April schriftlich im Kassenlokal einzureichen. Berlin, den 20. April 1900. Der Vorstand. Erh. Schlenker, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Töpfer-Gewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 29. April 1900, vormittags 10 Uhr: Ordentliche General-Versammlung der Mitglieder (Arbeitgeber, Arbeitnehmer) bei Herrn Lange, Dragonerstr. 15. Tages-Ordnung: 1. Ertragwahl von Delegierten zur General-Versammlung (8 Arbeitnehmer). 27/11* 2. Anträge zur General-Versammlung. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Berliner Spar- u. Bauverein

eingetr. Genossenschaft u. bechr. Hatzp. Sonntag, den 29. April 1900, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saale des Berliner Handwerker Vereins, Sophienstr. 15: Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht und Bericht des Prüfungsausschusses pro 1899. 2. Anträge auf Abänderung des Statuts §§ 36 und 47. 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Bildungs-Schule

Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vorlage des Geschäftsberichts sowie der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1899. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und über die Verteilung des Gewinns. 4. Beschlußfassung über den Bericht des Verbandsrevisors über die am 25. Februar d. J. vorgenommene Revision. 5. Bericht über den Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Bau-genossenschaften. 6. Neuwahlen zum Aufsichtsrat. 7. Beschlußfassung über den Genossenschaft und Sparanlagen bei derselben nicht überschreiten sollen. 8. Beschlußfassung über die Ausschließung von künftigen Genossen. Die Bilanz (sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1899) sind in der Geschäftsstelle, Siedingstr. 7, einzutragen. 5495 Der Vorstand. L. Schmidt, Ernst Roscher.

Arbeiter-Bildungs-Schule

Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1900. 2. Bericht über den Kassenanliegen. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Schule

Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1900. 2. Bericht über den Kassenanliegen. Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“

Filiale Berlin. Sonntag, den 22. April 1900, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1900. 2. Bericht über den Kassenanliegen. Der Vorstand.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Deutsche Kapitalanlagen in überseeischen Ländern.

Der Budgetkommission des Reichstags ist kürzlich eine im Reichs-Marineamt zusammengestellte Uebersicht über die in Unternehmungen überseeischer Länder angelegten deutschen Kapitalien zugegangen, die auf einer zu Anfang 1898 eingeleiteten Erhebung der deutschen konsularischen Vertretungen im Ausland beruht. Der Zweck der Zusammenstellung ist zu zeigen, welche bedeutenden deutschen Kapitalien im Ausland angelegt sind und welche hoher Zinssertrag aus ihnen als jährlicher Zuwachs dem sog. deutschen Nationaleinkommen zufließt, und dann aus diesem „deutschen Anteil an der Weltwirtschaft“ die Folgerung eines größeren Schutzes deutscher Interessen im Auslande, d. h. der Flottenvermehrung abzuleiten. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit heißt es am Schluß der „Zusammenfassung“ der einzelnen Aufstellungen (Seite 36): „Es liegt auf der Hand, welche steigende Verantwortlichkeit mit der zunehmenden Ausdehnung der sich immer vielfältiger verbreitenden Kapitalinteressen über die Erde hin entsteht. Nicht nur in diesen oder jenen kleineren Staaten muß Deutschland in der Lage sein, die Arbeit seiner Staatsangehörigen und deren Erträge zu schützen, sondern vor allem muß seine Aufmerksamkeit sich darauf richten, zu verhindern, daß andere Großmächte sich beteiligen oder im Stande erachten, die Rechte oder das Interesse-Gebiet deutscher Unterthanen auf dritten Plätzen direkt oder indirekt anzugreifen.“

Indes sehen wir zunächst von der Tendenz der Zusammenstellung ab. Ein gewisser volkswirtschaftlicher Wert läßt sich letzterer nicht abstreiten. Dieser fehlte es an jedem einigermaßen zuverlässigen Anhalt über die Höhe deutscher Kapitalien und Kredite in ausländischen Unternehmungen, wenigstens teilweise geben darüber die von den Konsuln eingegangenen Nachrichten Aufschluß, so manche sie auch zu wünschen übrig lassen. Für verschiedene Gebiete gingen nur recht unzulängliche Nachrichten ein, so daß zwecks Vervollständigung zu Abschätzungen gegriffen werden mußte; für einzelne Landesbesten waren überhaupt keine Unterlagen zu erhalten. Zu dem aber sind in der Schrift sämtliche europäischen Länder mit Ausnahme des türkischen Reichs, sowie ferner die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die deutschen Schutzgebiete außer Betracht geblieben.

Berücksichtigt sind in der Erhebung: deutsche Handelshäuser, deutscher Grundbesitz und Plantagenbetrieb, deutsche Kredite für kaufmännische, industrielle und landwirtschaftliche Unternehmungen, deutsche Bankhäuser und Bankinstitute, Schiffe unter deutscher Flagge in der ausländischen Küstenschifffahrt, deutsche Kapitalanlagen in Eisenbahnen, Minen oder Bergwerken, industriellen Unternehmungen, Ackerbaukolonien etc. Nicht eingeschlossen in die Aufstellung sind dagegen, da ja eine einigermaßen zuverlässige Wertberechnung der Beträge doch nicht möglich ist, die in deutschen Besitz befindlichen ausländischen Staatsanleihen und sonstigen Effekten, mit Ausnahme eines Teils der Eisenbahn- und Minenpapiere.

Soweit die vorbenannten überseeischen deutschen Kapitalinteressen in der Schrift Berücksichtigung gefunden haben, verteilen sie sich auf sechs größere wirtschaftsgeographische Gebiete: 1. das türkische Reich, 2. Afrika, 3. Asien, 4. Australien und Ozeanien, 5. Länder um das amerikanische Mittelmeer (Westindien, Mexiko, Mittelamerika etc.), 6. Südamerika.

Das im türkischen Reich angelegte deutsche Kapital wird auf rund 400 Millionen Mark angegeben, davon entfallen 225 Millionen (in 1898) auf Bahngründungen in der europäischen und asiatischen Türkei, besonders auch die anatolischen Strecken, welche namentlich durch die Bagdadbahn, deren Kosten auf ca. 400 Millionen Mark veranschlagt sind, noch eine bedeutende Erweiterung erfahren werden. An zweiter Stelle steht das in Handelsgeschäften verschiedener Art angelegte Kapital mit etwa 40 Millionen Mark, darunter die deutschen Handels- und Bankgeschäfte in Ägypten allein mit 28 Millionen. Die deutschen Anlagen in Grundbesitz, Bergwerksbetrieben, industriellen Unternehmungen etc. sind relativ gering.

Die Anlage deutschen Kapitals in Marokko, Tunis sowie an der West- und Ostküste Afrikas ist ziemlich unbedeutend. Für weite Gebiete waren zuverlässige Angaben nicht zu erhalten. Den weitaus bedeutendsten Anlagemarkt für deutsches Kapital bildet Südafrika, vornehmlich aber die südafrikanische Republik. Der Anteil deutschen Kapitals an den Minen Transvaals, an Bergwerken und zu diesen gehörenden Unternehmungen beläuft sich nach den amtlichen Berichten gegen 730 Millionen Mark, die im Handels- und Bankgeschäft stehenden deutschen Kapitalien und Kredite werden auf 100 Millionen Mark beziffert, die in Eisenbahn-Anteilen, industriellen Unternehmungen, Grundbesitz, Plantagen etc. stehenden auf nicht ganz 70 Millionen.

In Persien und Arabien sind die deutschen Kapitalanlagen ganz unbedeutend. Auch Vorderindien weist trotz einer Bevölkerung von 250 Millionen Menschen und trotz des Warenstroms im Wert von über 250 Millionen, der jährlich zwischen der vorderindischen Halbinsel und Deutschland hin- und herfließt, nur verhältnismäßig geringe deutsche Kapitalanlagen auf, insgesamt nur etwa 50 Millionen Mark. Handel und Industrie liegen fast ganz in englischen Händen. Das Kapital der in sämtlichen Konsulatsbezirken vorhandenen deutschen Handelshäuser beläuft sich nur auf ungefähr 12 Millionen Mark.

In Tee-, Kaffee- und Vanilleplantagen stecken ca. 5 Millionen Mark, in industriellen Unternehmungen 2 bis 3 Millionen. Größeren Grundbesitz haben nur die deutschen Missionsgesellschaften. Die Kapitalanlagen in Ostafrika, d. h. Britisch- und Französisch-Ostindien, Siam, den Malaienstaaten, Niederländisch-Indien, Philippinen etc., werden auf 240 Mill. Mark angegeben. Der größte Teil dieses Wertes entfällt auf Niederländisch-Indien, speziell Sumatra und Java. Bedeutender sind die deutschen Kapitalinteressen in Ostasien. In China mit Einschluß Hongkongs (aber ohne Kanton) bestehen 105 deutsche Handelshäuser, davon allein in Shanghai 43, und zwar die bedeutendsten. Leider sind genaue Angaben der Kapitalien, mit denen sie arbeiten, nicht zu erlangen gewesen. Die Schrift schätzt ihre Betriebskapitalien mit den Krediten auf rund 100 Millionen Mark. An Schiffahrtsgesellschaften, Dampfschiffahrtsgesellschaften etc. ist deutsches Kapital in Hongkong mit 50, in Shanghai mit 75 Millionen Mark beteiligt. Das deutsche Schantung-Eisenbahngesellschaft beabsichtigt im Eisenbahnbau 54 Millionen anzulegen, das Schantung-Bergbauunternehmen will den Bau der Kohlenbergwerke mit 12 Millionen Mark betreiben; das Kapital der deutsch-asiatischen Bank in Shanghai beträgt 10 Millionen Mark. Industrielle deutsche Unternehmungen giebt es in China sehr wenige, genannt wird nur eine Baumwoll- und Seidenweberei in Shanghai. Die deutschen Kapitalinteressen in Japan sind nicht so erheblich, wie oft angenommen wird; der Export- und Importhandel geht nämlich — was die Zusammenstellung veranschlagt — mehr und mehr an japanische Häuser über. Bezählt wurden insgesamt nur 65 deutsche Handelshäuser mit etwa 24 Millionen Mark Kapital und 16 Millionen Mark deutschen Krediten. Mehrere kommen nur auf das Importgeschäft, das Exportgeschäft wird von japanischen Banken finanziert. Kapitalanlagen in industriellen Unternehmungen fehlen fast gänzlich. Der Wert des deutschen Grundbesitzes in den Fremden-Niederlassungen betrug 1898 = 10 400 000 Mark.

Australien und Ozeanien enthalten deutsche Kapitalien in Höhe von 610 bis 670 Millionen Mark. Die Angaben sind zumeist recht summarisch und oberflächlich. An der Spitze steht Neu-Südweales mit über 300 Millionen Mark, dann folgt Victoria mit 150, Queensland mit 80 u. s. f. Der größte Teil des Kapitals ist in Land-, Bergwerken und Minen angelegt, ferner in Handelsunternehmungen. Die Beteiligung deutschen Kapitals an industriellen Anlagen ist mäßig.

Besonders wichtige Anlageplätze für deutsches Kapital sind die Länder Mittel- und Südamerikas. Die Gesamtsumme der deutschen Kapitalien in Mexiko wird auf 200 M. veranschlagt, während die Schätzung der Sachverständigen der Hamburger Handelskammer sich auf 400—450 Millionen Mark beläuft. Außer in Handelsunternehmungen steht dieses Kapital vornehmlich in Plantagen, Viehzüchtereien, Bergwerken, Fabriken und Mühlen. Die Eisenbahnen sind fast ausschließlich in Händen der Spanier. Ebenso sind die deutschen Kapitalanlagen in den kleineren Republiken Mittelamerikas und Westindiens recht beträchtlich, speziell in Guatemala und Kuba. Die Gesamtsumme wird auf 475 Millionen Mark geschätzt. Zunächst kommen Handelsunternehmungen und Plantagen, doch auch in Bankhäusern, Beleuchtungsanlagen, Eisenbahngründungen steden bedeutende deutsche Kapitalien. In den Republiken Columbia und Venezuela beläuft sich das deutsche Kapital, das meist in Handelsunternehmungen, Eisenbahnen und Grundbesitz angelegt ist, auf annähernd 300 Millionen Mark. Die Höhe der Kapitalanlagen in den Staaten der Westküste von Südamerika (Guatemala, Peru, Chile) wird auf 370—420 Millionen Mark geschätzt. In Peru sind die deutschen Industrie-Unternehmungen recht unbedeutend, während die Beteiligung an den Handels-, Plantagen- und Farmbetrieben eine relativ ansehnliche ist; dagegen ist in Chile das deutsche Kapital auch in der Industrie und im Bankgeschäft stark vertreten — Plantagenbetrieb ist nicht vorhanden — in den Provinzen Valdivia und Plangonque besteht tatsächlich ein deutsches Industrie-monopol. Am stärksten beteiligt ist, was Südamerika anbetrifft, das deutsche Kapital in Argentinien. Allein in Provinz und Stadt Buenos Aires giebt es 500 deutsche Handelsfirmen mit einem Kapital von 154 Millionen Mark. Hiemlich unbedeutend ist das deutsche Industriekapital, während die in Grund und Boden angelegten Kapitalien sich auf über 160 Millionen Mark belaufen, zu denen noch etwa 40 Millionen Mark, die in Hypotheken angelegt sind, hinzukommen. Im ganzen wird das deutsche Kapital in Argentinien mit 600 Millionen Mark angegeben. In Uruguay und Paraguay steden etwa 110 Millionen Mark deutsches Kapital, in Brasilien nach amtlichen Mitteilungen ein Kapital von 250 Millionen Mark, während Hamburger Sachverständige das letztere auf 600 Millionen Mark schätzen; eine Angabe, die, soweit mir im Augenblick erinnerlich ist, mit der Abschätzung des Generalkonsuls der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro übereinstimmt. Zum weitaus größten Teil steden dieses Kapital in Handelsbetrieben und im Ackerbau, teilweise auch im Bankgeschäft. Das deutsche Industriekapital ist unbedeutend.

Recht sonderbar nimmt sich aus, daß das Marine-Amt, wahrscheinlich um mit hohen Ziffern parodieren zu können, auch das deutsche Kapital in der nordamerikanischen Union einfach mit 2000 Millionen abschätzt, obgleich bei den deutschen Konsuln in den Vereinigten Staaten gar keine Umfrage gehalten worden ist. Ein solches Verfahren zeigt deutlich die Tendenz des Berichts.

Sollten wir die Darlegungen zusammen, ergibt sich folgendes Resultat: Die überseeischen deutschen Kapitalanlagen betragen:

Zum türkischen Reich	=	400 Mill. M.
Marokko und Tunis	10—13	..
Golddüste	6	..
Kongosland etc.	?	..
Britisch-Süd-Afrika	80—40	..
Sonstiges Südafrika	920	..
Ostafrika	5	..
Persien und Arabien	27	..
Vorderindien	50	..
Südafrika	225—250	..
Ostasien	370—400	..
Australien (Zellland)	500	..

Südafrika	=	60—70 Mill. M.
Mexiko	200	..
Mittelamerika	253	..
Westindien	200	..
Columbia u. Venezuela	300	..
Peru und Ecuador	100—120	..
Chile	270—300	..
Bolivia	?	..
Argentinien	570—600	..
Uruguay und Paraguay	110	..
Brasilien	350	..
Nordamerika	2025(?)	..

Die Gesamtsumme der vorstehenden Kapitalanlagen ergibt etwa 7 1/2 Milliarden Mark, wohlverstanden ohne das in auswärtigen Anleihen und Spekulations-Unternehmungen stehende deutsche Kapital. An und für sich läßt sich derartige Aufnahmen, wie der vorliegenden, ein gewisser Wert für die Volkswirtschaft nicht abstreiten, nur muß an die Erhebungen der Anspruch einer weit größeren Genauigkeit und Spezialisierung gestellt werden; die vom Marine-Amt zusammengestellte Erhebung hat einen zu ausgesprochenen Tendenz-Charakter. Jedenfalls aber beweisen die Ziffern nicht, was sie beweisen sollen, nämlich die Notwendigkeit der Flottenvermehrung, und wenn die kapitalistische Presse sie jetzt in dieser Richtung zu verwerten sucht, kann dieses Unternehmen nur als Humbug bezeichnet werden. Zunächst ist nirgends gelagt, ob bei den an und für sich meistenteils schon recht oberflächlichen Schätzungen nur das im Besitz von deutschen Reichsangehörigen befindliche Kapital berücksichtigt worden ist, oder auch das Kapital solcher „Deutschen“, die ihre Staatsangehörigkeit aufgegeben haben. Zwar wird bei Erwähnung des im hawaiischen Zuckerplantagen-Betrieb angelegten Kapitals erwähnt, daß das Kapital des Deutschen Klaus Spreckels nicht mitgerechnet sei, da dieser amerikanischer Bürger geworden wäre; aber an anderer Stelle (S. 31) scheinen die Kapitalien der deutschen Kolonisten in Argentinien, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, einfach der Summe der deutschen Kapitalanlagen hinzugerechnet worden zu sein. Daß aber abseits keine Verpflichtung Deutschlands besteht oder aus irgend welchen Rechtsprinzipien abgeleitet werden kann, diejenigen seiner Söhne in ihrem Besitz zu schützen, die ihn den Rücken gekehrt haben, bedarf keiner Erwähnung. Aber selbst, soweit es sich um das Kapital deutscher Reichsangehöriger handelt, besteht für keinen Staat die Verpflichtung, mit Waffengewalt für das im Ausland angelegte Kapital seiner Kapitalistenklasse einzutreten. Und wie soll dieser Schutz durch die Kriegesflotte ausgeführt werden? Soll Deutschland, wenn ein Staat die Zinsen seiner Anleihen an seine deutschen Gläubiger nicht zahlt, dessen Häfen blockieren oder soll es, wenn in einem Krieg zwischen zwei Staaten, z. B. zwischen England und Transvaal, deutscher Plantagenbesitz geschädigt wird, durch seine Flotte ein deutsches Scharcorps nach dem Kriegeschauplatz senden? Es mag ja für das Ansehen deutscher Kaufleute ganz vorteilhaft sein und unter Umständen auch ihre Unternehmungen begünstigen, wenn hin und wieder so ein Geschwader in den Häfen kleiner überseeischer Staaten erscheint und die See-Offiziere an Heißlichkeiten der deutschen Kolonisten teilnehmen; nur mögen jene „Ueberseeer“, die von solchen „Prelljagd“ der deutschen Flotte den Nutzen haben, auch die Kosten tragen.

Ein Interesse der Arbeiter an dem Schutze dieser auswärtigen Kapitalanlagen besteht jedenfalls nicht. Die Schrift nimmt zwar an, daß die Zinsen dieser Anlagen mit jährlich etwa 430 bis 450 Millionen Mark dem deutschen Nationaleinkommen zufließen, aber das ist nichts, wie eine völlig unbemessene Annahme. Der größere Teil des erzielten Profits dürfte dem doch im Auslande von den dort befindlichen deutschen Kapitalisten selbst verbraucht werden; ein anderer Teil dient unbedingt zur Vermehrung der Anlagen. Was davon nach Deutschland kommt und hier in die Konsumtion eingeht, dürfte nur der weitaus kleinere Teil sein. Soweit aber wirklich dem Arbeiter hieraus ein Vorteil durch Erweiterung des inneren Marktes erwächst, wird dafür andererseits der auswärtige Markt verengert. Denn dadurch, daß deutsche Kapitalisten mit ihrem Gelde in fremden Ländern nach deutschem Muster Fabriken errichten, verdrängen sie der deutschen Kaufleute jenen Gebenden das Absatzgebiet und ziehen dort Konkurrenz-Industrien hoch. Auch die Anlage deutscher Kapitalien in argentinischen und australischen Viehzüchtereien, Getreidefarmen usw. liegt durchaus nicht im Interesse deutscher Arbeiter und Landwirte. Und nicht anders steht es mit den deutschen Handelsunternehmungen im Auslande. Wer meint, daß deutsche Handelsfirmen nur mit deutschen Erzeugnissen handeln, muß recht sonderbare Vorstellungen vom Export- und Importhandel haben. Der Kaufmann macht eben sein Geschäft, wie er kann. Sehr viele deutsche Handelsfirmen im Auslande sind Vertreter amerikanischer, englischer, belgischer Exporthäuser und Fabriken und machen dem deutschen Exporthandel schwerste Konkurrenz. So hat z. B. der deutsche Kaufmann in China ganz wesentlich zur Hebung der amerikanischen und niederländischen Einfuhr beigetragen. Und diese Konkurrenz muß zu erhalten, sollen wir jährlich Hunderte von Millionen für die Flotte ausgeben. Auch ein Grund! H. C.

Grosse Fänge, Preise billig!

Cabliau, der so sehr beliebt, zum Kochen wie zum Braten sehr empfehlenswert ist, pro Pfund im ganzen 20-25 Pfg., im Ausschnitt 30 Pfg. pro Pfund. In allen Größen pro Pfund 25 Pfg.

Geräucherter Seelachs 45—50 Pfg., Flundern 60—70 Pfg. Alle andren Fischarten ebenfalls billig.

empfehlen die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

In Ihren 6 Verkaufsstellen:

Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9—10.	No. III. Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnboj. 388/9 (Centrallager).	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorferstrasse.
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmplatz.	No. IV. Im Schlessischen Bahnhof Madaistr. 22.	No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

Atteft:

Herrn

Apotheker A. Wurm!

Ihren Diqueur „Magendoktor“ habe ich geprüft und nehme keinen Anstand, zu bestätigen, daß derselbe sofort nach seinem Genuße ein angenehmes, auf den ganzen Körper ausregend wirkendes Wärmegefühl im Magen hervorruft, welches ihn namentlich zur Einnahme auf Reisen, Jagden usw. vortzöglich geeignet erscheinen läßt. Auch als Tafel-Diqueur verdient er wegen seines eigenartigen, angenehm aromatischen Geschmacks einen Platz an erster Stelle.

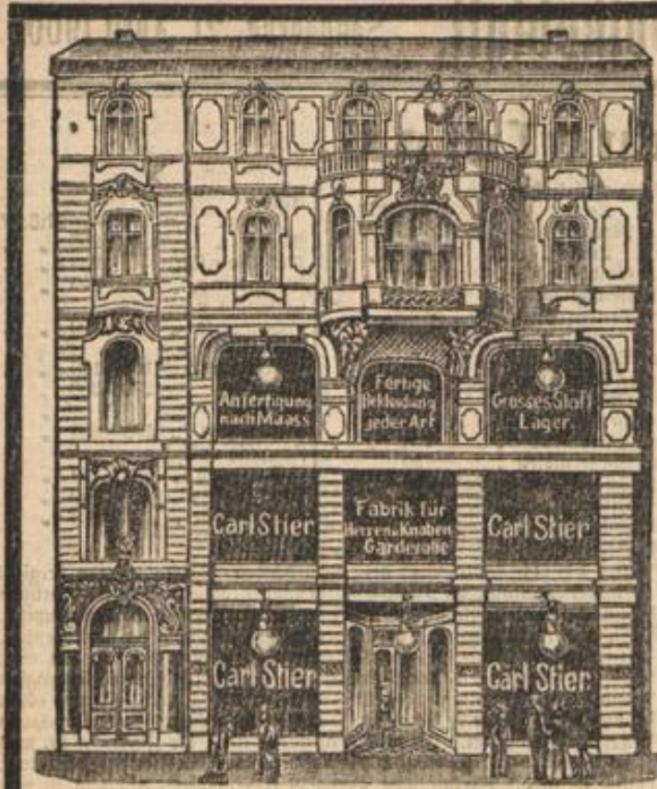
C. . . . den 11. Februar 1900.

Dr. med. L. . . . prakt. Arzt.

Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Dankschreiben und Droguenhandlungen abgegeben.

Ausdruck in den Restaurationen.

NB. Seefisch ist das billigste und beste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.



Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO.
Oranien-Str.
166

von
Carl Stier

Berlin SO.
Oranien-Str.
166

Zur Frühjahrs-Saison empfehle meine durchweg sauber gearbeiteten und elegant sitzenden Fabrikate zu nachstehend billigen Preisen:

Neu aufgenommen:

Wasserdichte Paletots in gummierten Doppelstoffen zum Preise von 25.—, 30.— etc. Mark.

Aus porösen Lodenstoffen 12.—, 15.—, 18.—, 22,50, 27.—, 30.— etc. Mark.

Herren-Frühjahrs- u. Sommer-Paletots, nur beste Qualität, saubere Verarbeitung: 14.—, 15.—, 18.—, 20.— bis 36.— Mark.

Herren-Hosen, elegant im Schnitt und sauber gearbeitet: 3.—, 3,50, 4.—, 4,50, 5.—, 5,50, 6.—, 7,50, 8,50, 12.— bis 16,50 Mark.

Herren-Anzüge, tadellos im Sitz, nur solide, dauerhafte Stoffe, im Jackett-, Rock- oder Gehrock-Façon: 15.—, 17,50, 20.—, 22,50, 25.—, 30.—, 35.— bis 50.— Mark.

Sport-Anzüge, Herren- u. Knaben-Joppen, Havelocks, Mäntel, einzelne Röcke und Jacketts zu sehr billigen Preisen.

Nach auswärts sende Muster und Massanleitung frei zu. — Zahlreiche unverlangte Anerkennungen sind ein Beweis für den guten Sitz und tadellose Ausführung meiner Fabrikate.

Feste Preise!
Solide Arbeit!
Eleganter Sitz!
Dauerhafte Stoffe!

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hüften u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nichtnähe u. Kappnähte. Beste Leder-Pilot-Taschen, die Gole

(bei Entnahme von) 4 Mt. 56
(6 Stück 25 Mt.)

Edle indigoblauwe Jackett für
Machistinen, Monteur etc. 1 Mt. 90
Edle indigoblauwe Hose dito 1 Mt. 50
Prima Mandelher Hose 8.—, 5,50, 3,50
Gefütterter Mandelher Jackett 13.— 9.—
Kreuzer-Rittel, gefaltet Kettel 2 Mt.
Roter-Rittel im Reinen-Art 2 Mt. 25
Reichmänner-Rittel (braun) 2 Mt. 40
Weiches Leder-Jackett, gefaltet, zweifach 7 Mt. 50
Weiche Leder-Hose, Prima Ware 3 Mt. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chauhestr. 24. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 15te Preisliste 1900 über gesamte Herren- und Knaben-Befeldung (Auf-lage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt. Versand von 20 Mt. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Größe u. Handweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 40992*

Brauerei G. Senz

Wangelstrasse 13 (am Markmann-Platz). Mitglied des Rabattparvereins "Edel-Dr.". Weiz, Weizen, Rals u. Weidenbier zum Selbstbrauen, bei reichlichem Nachschub. Der Verkauf findet direkt in der Brauerei täglich von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags statt. 39202*

Riesen-Brot Riesen-Kapfuchen

und Stollen. Frühling, 6 Stück für 10 Pfennig. Liefert die Berliner Brotfabrik Hugo Schöder, Mallerstrasse 11. Filialen in allen Stadtteilen.

Für Gelb- und Zintgießer.

Eine vollständige Vieherreinigung, bestehend aus eisernen und hölzernen Vorrichtungen etc., billig zu verkaufen. H. Lachmann, Neue Königstrasse 80a.

Schultze

Wasserthorstr. 1/2, 1. Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshilfe. 3973L* Sprechstunden 9-2 u. 5-9. Donnerstagsvormittag keine Sprechstunden. Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

A. Stippekohls Restaurant

Köpenick, Schönriederstr. 5. * Kellner: Petermann. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geeignet.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
40729*

**Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Tischzeug! Handtücher!**

Fertige Wäsche!
zu sehr billigen Preisen

Ausverkauf!!

Hüte

trotz der kolossalen Steigerung in der Qualität verlaufe noch zu den alten Preisen. 41022*

Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2,
Edle Hutfabrik.
Großes Lager in Schirmen, Mägen, Kapotten.

Kufeke's

Von AUTORITÄTEN empfohlen
BESTES im GEBRAUCH billigstes
Kindermerkel

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.

Constante H. & M. Lewent. Beamtenzahl. Geb. H. & M. Lewent. ohne Anzahl.

Herren- u. Konfirmandenhüte, 1 Mark.
nur neue moderne Sachen. 41002*
prima Qualität 1,50 und 2.—
Die beliebtesten Arbeitshüte (immer noch) 1 Mk.
früher Vornimstr. 4 u. 5.
jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restaurations mit kleinem Saal und Garten, gutgehend Nordend Berlin, sofort zu verkaufen. Näheres bei Frau Wolfsohl, Milchgeschäft, Antonstr. 24.

Gardinenhand Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 4479

Damentouffition, Anodenanlage, Halbleiter, Straßenerstrasse 32 (Rostquart). 3859

Elegante vorläufige Herrenhosen feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Zuchtsch, Kleiderstoffe, aus einem Warendaußensand, Wappstein Qualität. So lange Vorrat reicht, spottbillig. Stöckelstrasse 55, parterre. 1688

Aufbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig. Johenerstrasse 28, vorn I. rechts. 52K*

Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstrasse. 3878*

Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Kanarienhähne und Weibchen verkauft billig. G. Ewald, Schönleinstrasse 6.

Teppiche mit Gardendekoren, handmitelgroße Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 4499

Teppiche, Regulatoren, Remontiermaschinen spottbillig Verkaufshaus Reanderstrasse 6. 1511*

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Verkaufshaus Reanderstrasse 6. *

Fahrräder, Damen und Herren, spottbillig. Wandlische, Küstnerplatz 7. 781*

Fahrräder, Teilzahlung, mächtige Anzahlung, Lager vierhundert Maschinen, Bohrer, 18 Pfund, Straßenerstrasse, Luxus: Damenräder, Juwelier, Kinderwagen, Anhängenwagen direkt aus Berlin. Imperial: Viehensbachstrasse 33. 1372*

Fahrräder, erstklassige Marken, drei Jahre Garantie, billig. Teilzahlungen gestattet. Reparaturwerkstatt. Landens und Einiger werden verteuert. Gefährliche Räder, gut erhalten, billig. Carl Höber, Bernersstrasse 9. 1188*

Rahmmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Volkstrasse, Landsberger, Landsbergerstrasse 35, kein Laden. 5539*

Bügel, gut einwendig, gutes Vogelkutter, Utensilien empfehle Weiss, Bienenstrasse 9. 7110*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre.

Schwarzdroschel zu verkaufen. Unterlag, Ludwigsstrasse 21. 5715

Bei „Behandlung der Fettsucht“
BERICHT AUS DER KLINIK VON Geh-Med Rat Prof. Dr. GERHARDT.

Bei „Chronischer Verstopfung“ (LIEBERICH).

„Dauerd sich gleichbleibend“ (LIEBERICH).

DAS BESTE
"APENTA"
OFFENER BITTERWASSER

Bei Apothekern, Drogisten und Mineralwasser-Händlern, in ganzen und halben Flaschen.

Eine gute sparsame Küche erhält man am besten mit
**Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze**

MAGGI

Zu haben bei A. Kloster, Friedrichsberg, Kronprinzenstr. 18
Filiale: Gürtelstr. 6.

Cylinder-Hüte

kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux clagues,
weiche und feste Filzhüte zu billigen Preisen bei
Max Radtke, Krautstrasse 50,
an der Markthalle (kein Laden). 4482L*

Neu! In dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin von
Wilhelm Müller, Gerichtstraße Nr. 10, am Hochplatz
laufen Sie
komplette bürgerliche Wohnungseinrichtungen,
sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung.

Möbel und Polsterwaren.

Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 4091L* Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustriert. Hauptkatal. über

Fahrräder

u. Fahrradartikel u. Sie werden sich überzeugen, dass ich h. bester Qualität, mit 1 Jahr Garantie, am billigsten bis — Wiederwerk. ges.

Deutsche Fahrrad-Industrie, Richard Bröschen, Hannover, Bräderstr. 4.

ZAHNSCHMERZ

besiligt sofort
KROPP'S Zahnwatte
(20% Carvacrolwatte)
in plomb. Flasche à 50 L. zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmungen!

KROPPHILF SICH!

Wem seine Pflanzen lieb sind, düngte nur mit Hallmayer's
Pflanzendünger.

Mit obiger Schutzmarke versehen, sechs Packets für 15 L., 25 L., 40 L. u. 60 L. in Drogen-, Material-, Waren-, Blumen- u. Samen-Handlungen.

ist. reicher, geruchlos, vegetarisch, tierischer Dünger.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshilfe. 39780*

Invalidenthr. 151/1
R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)
9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Falbe

44 Elsasserstr. 44 (am Oranienburger Thor).
Behandl. aller Haut-, Horn- u. Blasenleiden ohne Berufshilfe. 3973L* Sprechstunden 9-2 u. 5-9. Donnerstagsvormittag keine Sprechstunden. Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annehmstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Provinz bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Sonntag 3 bis 4 Uhr angenommen.

Vermischte Anzeigen.

Kanarienvogelchen zur Decke habe noch zu verkaufen. G. Ewald, Schönleinstrasse 6. 152K

Ein gangbares Restaurant zu verkaufen. G. Schulz, Schwarzkopffstrasse 15. 704*

Möbelstunde kaufen Möbel trotz enormer Preissteigerung, und zwar zu alten wirklich billigen Preisen. Ruckelshof 28, Ruckelshof 10, Tummour, gefülltes Led., 50, hochlegante Klagen, Taschen, Stofftasch 25. Große Auswahl in Küchenmöbeln, sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Hirschstr. 7a. 151K*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bälowsstrasse 56, 2. Hof parterre. 23879

Uhren repariert Wilhelm Glade, Altmader, Putzstrasse 45. 146*

Möbel, alte, Solistafas kauf Kajans, Kullamerstrasse 20. 1072*

Fahrrad-Reparaturen nachgem., Emailierung, Bemalung. Serviceleistung tageweise, Kundenreise. Gut erhaltene Fahrräder billig. Kuffnerstrasse 18. 1448*

Vereinszimmer empfiehlt Bier, Alte Jakobstrasse 119. 288K*

Vereinszimmer in Piano Klause, Krausenstrasse 18. 2106

Vereinszimmer, 50 Personen fassend, 12 noch einige Tage zu vergeben. Weinhaus Restaurant, Grünstrasse 21. 3926

Vereinszimmer Simeonstrasse 23. 64K*

Zwei Vereinszimmer mit Piano täglich zu vergeben. Bienenstrasse 27.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Lechhale, Annoncen-Expedition Charlottenburg, Grolmannstrasse 22.

Steinweg, Schreibwaren verlangt Herrberg, Gradenbühl-Gelände, Friedrichstrasse 296.

Glasierteller auf polierte und geschweifte Ranten verlangt Scherler, Holzmarktstrasse 5. 5606

Korbmacher auf Roharbeit gewünscht. Lohn, wie bekannt, den höchsten. Krüger, Spandan, Wilhelmstrasse. 5658

Harbignmacher verlangt Goldlebensfabrik Viehensbachstrasse 33. 5658

Stauer auf Holz-Photographie-rahmen verlangt Wolf, Viehensbachstrasse 33. 5726

Wehrere tüchtige Geschriftsteller gesucht. Weise wird vergütet. Friedr. Veitger, Duisburg am Rhein. 1508*

Büger werden gesucht. Zu melden beim Postler Weißmalderstrasse 140.

2 tüchtige Gelesen auf Bäckerei, Trauben und Bibliotheken. Petersburgerstrasse 3, 2. Hof II. 5756*

Tüchtige Rahmen-Zuschnider sowie Reträpfer verlangt Berg, Chauhestrasse 82. 5745*

Gärtler auf chirurgische Instrumente und Dreher verlangt Coenen, Große Hamburgerstrasse 3.

Korbmacher auf Rohmaterial, Rohleiste, Munitionskörbe verlangen Robert Schmidt u. Comp., Kronstrasse 6. 5736*

Dampfmischerei Poststrasse 13, verlangt tüchtige Durchläuferin. 5776

Ein Verdrämmer für Schneiderei verlangt Frau Schulz, Rathenowerstrasse 21, Querstraße 2. 4137

Wächter, zur Veranbarung für den ganzen Tag verlangt Günther, Gerichtsstrasse 9a. 764

Tischflechterin, dauernde Beschäftigung bei Schulze, Reichenbergerstrasse 142. 111*

Verdrämmer, vierzehn bis sechzehnjährig, Anfangslohn, dauernde Beschäftigung. Josef Schreiner, Postmannstrasse 17. 3706*

In Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 V. pro Zeile

Existenz
finden gewandte Personen durch Verkauf eines Lebensmittels an Private. Meldungen von 4-8. Kennzahl, Warfstrasse 64. 5700*